Bundesrat **Drucksache 549/97**

03. 07. 97

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung vom 28. Mai bis 1. Juni 1997 in Luxemburg

Die Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung fand vom 28. Mai bis 1. Juni 1997 in Luxemburg statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abg. Klaus Francke (Hamburg) (CDU/CSU), Leiter der Delegation
Abg. Hans-Dirk Bierling (CDU/CSU)
Abg. Prof. Dr. Joseph-Theodor Blank (CDU/CSU)
Abg. Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU)
Abg. Heinrich Graf von Einsiedel (PDS)
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Dr. Dionys Jobst (CDU/CSU)
Abg. Wolfgang Krause (Dessau) (CDU/CSU)
Abg. Herbert Lattmann (CDU/CSU)
Abg. Markus Meckel (SPD)
Abg. Manfred Opel (SPD)
Abg. Brigitte Schulte (Hameln) (SPD)
Abg. Dr. Klaus Uelhoff (CDU/CSU)
Abg. Verena Wohlleben (SPD)
Abg. Michael Wonneberger (CDU/CSU)
Abg. Uta Zapf (SPD)
Abg. Peter Zumkley (SPD)

Bundesrat:

Staatsminister Florian Gerster (SPD), Rheinland-Pfalz, stellvertretender Delegationsleiter
Minister Dr. Erwin Vetter (CDU/CSU), Baden-Württemberg
Senator Uwe Beckmeyer (SPD), Bremen
Staatsministerin Prof. Ursula Männle (CDU), Bayern
Ministerin Christine Lieberknecht (CDU), Thüringen
Minister Dr. Arno Walter (SPD), Saarland

Die Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung fand in einer sicherheitspolitisch äußerst bewegten Zeit statt, zwei Tage nach der am 27. Mai 1997 unterzeichneten NATO-Rußland Grundakte, in der sich die NATO und Rußland ausdrücklich für einen erweiterten Dialog und eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen der NAV und der Bundesversammlung der Russischen Föderation ausgesprochen haben und rund ein Monat vor dem NATO-Gipfel in Madrid vom 7. bis 9. Juli 1997, auf dessen Tagesordnung u. a. erste Entscheidungen über die Osterweiterung der NATO standen. Beide Themenbereiche spielten auf der Frühjahrstagung eine herausragende Rolle und werden die NAV auch in Zukunft noch beschäftigen. Dabei wurde deutlich, daß die NAV bereit ist, ihre Rolle im Rahmen der NATO-Rußland Grundakte und bei der parlamentarischen Begleitung des Erweiterungsprozesses zu übernehmen. Die deutsche Delegation in der NAV ist in beiden Bereichen initiativ geworden und wird beide Prozesse auch in Zukunft aufmerksam und aktiv verfolgen.

Die Plenarsitzung wurde vom Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Senator **William V. Roth** (Vereinigte Staaten) eröffnet. Es folgten Ansprachen des luxemburgischen Premierministers, **Jean-Claude Juncker,** des luxemburgischen Verteidigungsministers, **Alex Bodry,** sowie des Obersten Alliierten Befehlshabers Europa (SACEUR) General **George A. Joulwan.**

Der Präsident informierte die Versammlung, daß der Ständige Ausschuß den bisherigen stellvertretenden Generalsekretär, **Simon Lunn,** zum Generalsekretär der Versammlung gewählt habe. Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm die Versammlung einen vom Leiter der deutschen Delegation, Abg. **Klaus Francke,** eingebrachten Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung der Versammlung einstimmig an. Danach ist das Internationale Sekretariat der Versammlung verpflichtet, Berichtsentwürfe und Texte vier bzw. drei Wochen vor den Tagungen der Versammlung den Delegierten zuzuschicken. Anschließend eröffnete der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, Senator **William V. Roth,** die parlamentarische Debatte zum Thema „NATO nach dem Gipfeltreffen in Madrid".

Zu diesem Thema sprachen 25 Parlamentarier, unter ihnen **Lluis Maria de Puig,** der Präsident der Versammlung der Westeuropäischen Union.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0720-2946

Politischer Ausschuß

Die Sitzung des Politischen Ausschusses fand am 29. Mai 1997 unter Vorsitz des Abg. **Jan Petersen** (Norwegen) statt. Im Vordergrund der Beratungen stand der Bericht des Generalberichterstatters über den Madrider NATO-Gipfel sowie ein polnischer und ein ungarischer Sachstandsbericht über die Vorbereitungen dieser beiden Länder zu einem NATO-Beitritt und der Bericht über das OSZE-Sicherheitsmodell und den Atlantischen Partnerschaftsrat.

Entsprechend der im Ständigen Ausschuß in Reykjavik getroffenen Vereinbarung wurde zu Beginn der Sitzung über das vom Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung initiierte Projekt einer Studie zu dem Thema „NATO im 21. Jahrhundert" diskutiert.

Abg. **Markus Meckel** (Bundesrepublik Deutschland) regte an, in die diesen Bericht erstellende Studiengruppe neben dem Präsidenten und den Ausschußvorsitzenden auch Vertreter aus Europa und den beitrittswilligen Ländern aufzunehmen. Das Thema erfordere eine möglichst breite Fundierung innerhalb der Nordatlantischen Versammlung und sei deshalb bereits im Vorfeld auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen.

Der Leiter der deutschen Delegation, Abg. **Klaus Francke,** hob ebenfalls die Berücksichtigung von Vertretern Kontinentaleuropas hervor und sprach sich für eine möglichst breite Diskussion innerhalb der Nordatlantischen Versammlung aus.

Der Generalbericht des Abg. **Marten van Traa** (Niederlande) über das Thema „Der Madrider NATO-Gipfel" war durch die NATO-Rußland Grundakte vom 24. Mai 1997 bereits teilweise überholt. In diesem Bericht beschäftigt sich der Berichterstatter mit den drei Aspekten der Beziehungen zwischen der NATO und Rußland, dem Aspekt der neuen NATO und der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität sowie dem Aspekt von SFOR. Der Berichterstatter betonte zunächst, daß die Gestaltung der Beziehungen der NATO und der Russischen Föderation nur eines der wichtigen Themen auf dem NATO-Gipfel in Madrid sei. Er sprach sich ausdrücklich dafür aus, daß die erste Erweiterungsrunde Polen, die Tschechische Republik, Ungarn und Rumänien umfassen solle. Nuklearwaffen sollten nach seiner Auffassung in Friedenszeiten in den neuen Mitgliedstaaten nicht stationiert werden. Bezüglich des Verhältnisses NATO zur Ukraine regte er an, daß die NATO eine der NATO-Rußland Grundakte vergleichbare Vereinbarung mit der Ukraine abschließen solle. Im Anschluß daran ging er ausführlich auf den möglichen Inhalt einer Vereinbarung zwischen der NATO und Rußland ein. Seine Ausführungen zur Form der Vereinbarung, den vertrauensbildenden Maßnahmen, der KSE-Problematik und der Reziprozität waren aufgrund der Ende Mai unterzeichneten NATO-Rußland Grundakte teilweise überholt. Bezüglich der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsidentität unterstrich der Berichterstatter, daß vielfältige Fragen der Beziehungen zwischen NATO und WEU, z. B. über die konkreten Konsultationsmechanismen, noch gelöst werden müßten.

Bezüglich SFOR bemängelte der Berichterstatter, daß die SFOR-Mission nach wie vor nicht das Mandat beinhalte, Kriegsverbrecher zu überführen. Nach seiner Auffassung komme der NATO in diesem Zusammenhang eine mindestens mittelbare Verpflichtung zu. Wirklichen Frieden könne es nur dann geben, wenn die Kriegsverbrecher ihrem gerechten Urteil zugeführt worden seien.

In der anschließenden Diskussion fragte Abg. **Markus Meckel** (Bundesrepublik Deutschland) zunächst danach, warum nach Auffassung des Generalberichterstatters in der ersten Runde der Erweiterung Slowenien nicht erwähnt worden sei. Daß Slowenien ein Teil des früheren Jugoslawien sei, sei kein Gegenargument. Es komme vielmehr alleine darauf an, ob ein beitrittswilliges Land die Kriterien des NATO-Beitritts erfülle oder nicht, was nach seiner Einschätzung im Hinblick auf Slowenien der Fall sei. Hinsichtlich der Ukraine beschäftige ihn die Frage, wo der künftige Ort dieses Landes sei. Für die baltischen Staaten sei es wichtig, daß sie in Zukunft eine Beitrittsperspektive erhalten. Er wandte sich dagegen, eine Mitgliedschaft in der EU als Ersatz für einen nicht erfolgten Beitritt zur NATO zu betrachten. Beide Prozesse verliefen zwar parallel, seien jedoch eigene Prozesse, die nach eigenen Kriterien ablaufen würden.

Der Leiter der deutschen Delegation, Abg. **Klaus Francke,** wies darauf hin, daß die Nordatlantische Versammlung in der NATO-Rußland Grundakte erstmals in einem internationalen Dokument erwähnt worden sei, indem die Partner in der Grundakte die Erwartung geäußert haben, daß auch die parlamentarischen Beziehungen zwischen der Nordatlantischen Versammlung und der Staatsduma der Russischen Föderation im Sinne der Grundakte intensiviert und gefördert werden. Diese Erwähnung verpflichte die Nordatlantische Versammlung, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen. Er unterbreitete den konkreten Vorschlag, daß in Zukunft in allen Ausschüssen einschließlich des Ständigen Ausschusses Sachstandsberichte über die Umsetzung der Erweiterung auf jeder Tagesordnung stehen müßten. Nur so könne die Nordatlantische Versammlung eine Funktion als parlamentarische Dimension des NATO-Erweiterungsprozesses wahrnehmen. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Ukraine sei es notwendig, die Souveränität und Selbständigkeit der Ukraine zu sichern und der Ukraine einen gleichen Stellenwert beizumessen, wie es sich durch die NATO-Rußland Grundakte für Rußland ergeben habe. Bezüglich der Benennung von Kandidaten für die verschiedenen Erweiterungsrunden spreche er sich dafür aus, keine Namen von Ländern zu nennen. Die Frage der Kosten der NATO-Osterweiterung sei natürlich eine wichtige Frage. Nach seiner Auffassung könne die Kostenfrage aber nicht das entscheidende Kriterium für die Frage des Beitritts sein. Kosten und Nutzen der NATO-Erweiterung seien vor allem strategisch-politischer Natur und entzögen sich weitestgehend einer rein finanziellen Betrachtungsweise. Zu den nicht quantifizierbaren Kostenfaktoren gehörten neben dem künftigen politisch-strategischen Umfeld, einschließlich der Etablierung einer politisch-strategischen Partnerschaft von NATO und Rußland in einer neuen kooperativen Sicherheits-

struktur, der Zeitrahmen für die Implementierung der Öffnungsentscheidung und die Kostenschlüssel für alte und neue Mitgliedstaaten. Abschließend plädierte er eindringlich dafür, die NATO-Rußland Grundakte von seiten der Nordatlantischen Versammlung positiv und aktiv aufzugreifen und eigene Beiträge für deren Umsetzung zu leisten.

Der Generalberichterstatter führte dazu aus, daß letztendlich wohl nichts gegen eine Mitgliedschaft von Slowenien spreche. Er sei jedoch nicht der Auffassung, daß man in bezug auf den Erweiterungsprozeß keine Namen nennen solle, da es sich bei den Mitgliedern der Nordatlantischen Versammlung um Parlamentarier und nicht um Diplomaten handele und Einfluß auf die Regierungen hinsichtlich des Madrider Gipfels genommen werden solle. Hinsichtlich des Verhältnisses der NATO zur Ukraine räumte er ein, daß er nicht beabsichtigt habe, die Ausgestaltung dieses Verhältnisses in seinem Bericht zu kurz kommen zu lassen.

Der stellvertretende Staatssekretär für Integration im ungarischen Verteidigungsministerium, **Istvan Gyarmati,** stellte dar, wie die ungarische Politik sich auf ihren Weg in die NATO vorbereitet. Er wies auf den Zusammenhang zwischen demokratischen Reformen und der Transformation in ein marktwirtschaftliches System sowie auf die Reform der ungarischen Verteidigungspolitik hin. Ungarn habe durch eine aktive Teilnahme am Programm Partnerschaft für den Frieden und durch seine Mitgliedschaft im Nordatlantischen Kooperationsrat sowie durch seine eigene nationale Verteidigungsreform wichtige Schritte auf dem Weg zu einer NATO-Mitgliedschaft zurückgelegt. Ungarn wolle mit einem Beitritt zur NATO, der sich gegen niemanden richte, seine eigene Sicherheit stärken und einen Beitrag zur Festigung der europäischen Sicherheit leisten.

Bei der Diskussion des Berichts der Abg. **Annette Just** (Dänemark) und des Abg. **Porter Goss** (USA) über das Thema „Nicht ob, nicht wann, sondern jetzt", der wegen der Abwesenheit der Berichterstatter nicht vorgetragen werden konnte, wies Abg. **Hans-Dirk Bierling** (Bundesrepublik Deutschland), vor allem auf ein Problem hin, welches sich im Zusammenhang mit der von ihm begrüßten NATO-Rußland Grundakte stelle. Er verwies darauf, daß geklärt werden müsse, wie mit den Ländern verfahren werden soll, welche nicht in der ersten Runde der Erweiterung in die NATO aufgenommen werden könnten. In diesem Zusammenhang sah er es als sinnvoll an, darüber nachzudenken, wie eine Verzahnung zwischen dem Ständigen Gemeinsamen Rat NATO-Rußland und dem neu zu gründenden Europäisch-Atlantischen Partnerschaftsrat aussehen könne.

Der polnische Abg. **Longin Pastusiak** wies in seinem Bericht „Polen auf seinem Weg in die NATO" darauf hin, daß sein Land durch seine aktive Mitarbeit im Nordatlantischen Kooperationsrat, seine aktive Teilnahme am Programm Partnerschaft für den Frieden und die weitgehende Reform seiner eigenen Verteidigungspolitik wichtige Schritte auf dem Weg zu einer NATO-Mitgliedschaft unternommen habe. Vor allem hob er das Primat der Politik über die Streitkräfte hervor, welches in der polnischen Verfassung durchgehend gewährleistet sei. Die polnischen Streitkräfte hätten große Fortschritte in der Interoperabilität erzielt, welche auf ein Programm zur Entwicklung der polnischen Armee in den Jahren 1998 bis 2002 zurückgehe.

Herr **Agov** (Bulgarien) referierte ein von ihm vorgelegtes Informationspapier zu dem Thema „Bulgarien, NATO und Sicherheit im südöstlichen Europa". Der Berichterstatter stellte den Beitrag Bulgariens zur Aufrechterhaltung und Erhöhung der regionalen Sicherheit in Südosteuropa dar. Er referierte ausführlich über das nationale Programm und die Vorbereitung für Bulgariens Annäherung an die NATO, welche eines der wesentlichen Elemente für einen künftigen NATO-Beitritt Bulgariens darstelle. Anschließend hob er die Bedeutung hervor, die ein Beitritt Bulgariens zur NATO für die Stärkung der Sicherheit und Stabilität im südosteuropäischen Raum inklusive der Südflanke der NATO mit sich bringe. Abschließend stand der Zwischenbericht des Berichterstatters **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) über das „OSZE-Sicherheitsmodell und der Atlantische Partnerschaftsrat" auf der Tagesordnung. Der Berichterstatter führte aus, daß der Begriff „Pfeiler" der europäischen Sicherheit herkömmlicherweise die Partnerschaft zwischen Nordamerika und Europa innerhalb der NATO bezeichnete, wobei Europa künftig in der Lage sein sollte, innerhalb des Bündnisses eine stärker sichtbare Rolle zu übernehmen. Dieser Dualismus setze jedoch Europa mit Westeuropa gleich und vernachlässige dabei das Potential der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, des Nordatlantischen Kooperationsrates und schließlich der Partnerschaft für den Frieden als Elemente des Aufbaus eines einheitlichen Sicherheitssystems für das 21. Jahrhundert. Die OSZE komme als Forum zur Stärkung von Kooperation und Komplementarität zwischen den verschiedenen Organisation hierfür in besonderer Weise in Frage. Der Berichterstatter stellte eine ganze Reihe von Problemen dar, die sich aus dem zukünftigen Verhältnis der verschiedenen Organisationen zueinander, insbesondere der OSZE und des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates, ergeben.

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit tagte am 30. Mai 1997 unter dem Vorsitz des Abg. **Anders C. Sjaastad** (Norwegen). Im Vordergrund der Ausschußberatungen standen die Berichte zu „SFOR: Eine transatlantische Koalition für den Frieden", „Partnerschaft für den Frieden, NATO-Erweiterung und die Rückkehr nach Europa; der Fall Ungarn und Rumänien" sowie als Thema eines Berichts und eines Vortrages die Reform der NATO-Kommandostruktur.

Der Bericht der holländischen Abg. **van Heemskerck Pillis-Duvekot** (Niederlande) zum Thema „SFOR: Eine transatlantische Koalition für den Frieden" stellt die Entwicklung von Beginn der kämpferischen Auseinandersetzungen im früheren Jugoslawien im Juni 1991 bis zur gegenwärtigen Überwachung der Umsetzung der Vereinbarungen des Dayton-Abkom-

mens durch die SFOR-Truppen dar. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt dabei in erster Linie auf dem militärischen Aspekt der Lage in Bosnien-Herzegowina, während der Bericht des Zivilen Ausschusses „Sicherheit auf dem Balkan: Eine volle Tagesordnung" die Interdependenz zwischen militärischer Sicherheit, wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Stabilität in den Mittelpunkt stellt. Ziel der Untersuchung sei es, so die Berichterstatterin, eine sorgfältige Analyse der möglichen Mängel der derzeitigen Kriegsverhütungsstrukturen vorzunehmen und aus den erkannten Defiziten zu lernen. Nur so könne vermieden werden, früher oder später in ein ähnliches Dilemma zu geraten. Positiv sei nach Ansicht der Berichterstatterin zu vermerken, daß bisher sämtliche militärischen Aufgaben dem Zeitplan entsprechend umgesetzt werden konnten. Besonders hervorzuheben sei die gute Zusammenarbeit zwischen den 15 NATO-Ländern und den 17 Nicht-NATO-Ländern bei der Durchführung dieser komplexen Operation. Sehr erfolgreich habe IFOR die OSZE bei der Vorbereitung der Wahlen im September 1996 unterstützt. Auf diese Erfahrungen werde SFOR bei den für September 1997 angekündigten Kommunalwahlen zurückgreifen können. Trotz hervorragender Erfüllung ihrer militärischen Aufgaben sei es den Truppen aber teilweise nicht gelungen, die Anforderungen speziell der zivilen Hilfsorganisationen zu erfüllen. Insoweit müsse zur Kenntnis genommen werden, daß zukünftig friedenswahrende Operationen der NATO auf eine Zusammenarbeit mit der zivilen Seite besser vorbereitet werden müßten. Insbesondere müsse die Kooperation zwischen den militärischen Kräften und der (internationalen) zivilen Polizei verbessert werden. Sehr kritisch gesehen werde auch die Tatsache, daß IFOR- und SFOR-Truppen zwar autorisiert waren bzw. sind, angeklagte Kriegsverbrecher festzunehmen, daß ihnen jedoch das Mandat fehle, diese aktiv zu suchen. Der Einsatz von IFOR und SFOR habe unter Beteiligung vieler Nichtmitgliedstaaten der NATO bestätigt, daß internationale Friedenswahrung möglich sei. Um einen dauerhaften Frieden im ehemaligen Jugoslawien zu erreichen, sei aber auch nach dem Ablauf des Mandats von SFOR die Aufrechterhaltung ausländischer militärischer Präsenz zu befürworten.

Auch Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) befürwortete dringend eine Fortführung der SFOR-Mission. Ihren Kenntnissen zufolge werde in einigen Gebieten bereits die Fortsetzung des Krieges nach dem geplanten Abzug der SFOR-Kontingente vorbereitet. In diesem Fall könne es zu der bedrohlichen Krisensituation einer Spaltung innerhalb der NATO-Staaten im Hinblick auf die Unterstützung der streitenden Parteien kommen. Wie im Zivilen Ausschuß festgestellt worden sei, werde es keinen erfolgreichen zivilen Aufbau geben, wenn die Fortsetzung des Krieges nicht ausgeschlossen sei. Im übrigen betonte sie, daß die Ergreifung der Kriegsverbrecher von höchster Priorität sei. Der Abg. **Hoekema** (Niederlande) pflichtete der Berichterstatterin darin bei, daß es verschiedene Möglichkeiten für einen „SFOR II-Einsatz" gebe. Eine Perspektive könne darin bestehen, daß die Westeuropäische Union ihre Absicht und Bereitschaft, eine stärkere Rolle im Rahmen der Europäischen Sicherheit zu übernehmen, unter Beweis stelle und die Verantwortung für den Frieden auf dem Balkan übernehme.

Die Auffassung, daß es mit hoher Wahrscheinlichkeit in Bosnien-Herzegowina wieder kriegerische Auseinandersetzungen geben werde, sobald SFOR sich zurückziehen werde, teilte auch der französische Abg. **Baumel.** An die Adresse der Vereinigten Staaten gerichtet erklärte er, daß eine große Weltmacht sich nicht allein auf eine bedeutende Rolle in Wirtschaft und Handel beschränken könne und verwies dabei auf die Geschichte von Großbritannien, Frankreich und Deutschland. An die Adresse der Europäer gerichtet legte er dar, daß man nicht eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität planen könne und sich gleichzeitig darauf verlassen dürfe, daß andere Staaten für Sicherheit sorgten. Von seiten der Europäer gelte es nun, Vorkehrungen zu schaffen, welche es ihnen erlaubten, ohne Einschaltung der USA für Frieden in Europa zu sorgen.

Abg. **Uta Zapf** (Bundesrepublik Deutschland) teilte mit, daß auch der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages es derzeit für wahrscheinlich halte, daß das Ziel eines Wiederaufbaus des Friedens in Bosnien-Herzegowina nur mit einer Verlängerung des SFOR-Einsatzes erreicht werden könne. Insoweit stelle sich die Frage, ob die Europäer diese Aufgabe bereits jetzt ohne die Amerikaner verwirklichen könnten, oder ob allein die Beteiligung der USA einen erfolgreichen Abschluß der Mission garantieren könne.

Im ersten Teil seines Entwurfs für einen Generalbericht des Verteidigungsausschusses ging der spanische Abg. **Estrella** im Anschluß an seinen Vorjahresbericht erneut auf die Reform der Kommandostruktur der NATO ein.

Mit diesem Thema befaßte sich auch **Generalleutnant Kehoe,** stellvertretender Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in seinem Vortrag „Erweiterung und die Reform der militärischen Struktur der NATO". Ziel der Strukturanpassung der NATO sei es, so der Generalleutnant, den Frieden und die Stabilität in Europa auch für das 21. Jahrhundert zu sichern. Ausgangspunkt für die Planung der neuen Kommandostruktur der NATO seien die derzeitigen militärischen Aufträge gewesen. Hierbei handele es sich erstens um den Auftrag zur kollektiven Verteidigung, welcher sich jedoch seit dem Ende des Kalten Krieges in einem veränderten Kontext darstelle, zweitens um das Krisenmanagement bzw. die Konfliktprävention, wofür die NATO-Operation in Bosnien ein gutes Beispiel sei, und drittens um die Projektion von Stabilität, welche die Öffnung der Allianz für neue Mitglieder, die Einrichtung einer neuen Beziehung zu Rußland und zur Ukraine sowie die Partnerschaft für den Frieden umfasse. Abgesehen von der allseits konsentierten Abschaffung der vierten Führungsebene der NATO-Militärstruktur, bringe die auf dieser Grundlage erarbeitete neue Kommandostruktur signifikante Veränderungen hauptsächlich im Kommandobereich Europa mit sich, wo ein ganzes regionales Kommando wegfallen solle. Ein Charakteristikum der neuen Kommandostruktur sei,

so Generalleutnant Kehoe, daß sie unter dem Gesichtspunkt erstellt worden sei, den Anforderungen des CJTF-Hauptquartierkonzepts, der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität und des erweiterten PfP-Programms entsprechen zu müssen. Im Vorfeld des Madrider Gipfels, auf dem die neue NATO-Kommandostruktur beschlossen werden solle, seien einige Punkte jedoch noch streitig. So gebe es unterschiedliche Auffassungen über die Anzahl der verbundenen untergeordneten Regionalkommandos im Bereich des neuen Regionalkommandos Süd. Gute Aussichten auf eine Beilegung habe dagegen der Streit zwischen Spanien und Portugal über die Zuordnung der Kanarischen Inseln zu einem der beiden Kommandobereiche der NATO. Eine Herausforderung stelle auch die von vielen Ländern aufgeworfene Frage nach den finanziellen Implikationen der Reform der Kommandostruktur dar. Verfeinert werden müßte darüber hinaus die ins Auge gefaßte Regelung für eine Rotation bestimmter Führungspositionen in NATO-Hauptquartieren.

Anschließend sprach Botschafter Dr. **Rüdiger Hartmann,** Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle zum Thema „NATO-Erweiterung und die Zukunft der Kontrolle der konventionellen Streitkräfte". Die Zukunft des Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) sei nicht nur ein zentraler Gegenstand der NATO-Rußland Grundakte. Vielmehr werde kein anderes Thema der Grundakte, so Botschafter Dr. Hartmann, ähnlich ausführlich behandelt, und bei keinem anderen Thema sei es so schwer gefallen, ein Übereinkommen zu erreichen. Die entsprechenden Passagen der Grundakte gäben den laufenden Verhandlungen zur Anpassung des KSE-Vertrages in Wien nunmehr starke Impulse. Zur Einführung erläuterte der Botschafter die Punkte, auf die sich die NATO und Rußland in Kapitel IV der Grundakte für die seit Februar dieses Jahres stattfindende Anpassungskonferenz geeinigt haben. Der Erfolg der Verhandlungen über die Grundakte habe davon abgehangen, daß eine Lösung für das Problem der Stationierung neuer, permanenter, konventioneller Streitkräfte gefunden wurde. Sowohl in dieser Frage als auch im Hinblick auf die Ausweitung der Infrastruktur der NATO seien beide Seiten sich ein gutes Stück entgegengekommen. Der Botschafter erwartete sich von dieser Entwicklung auch für die Wiener Verhandlungen positive Auswirkungen. Schwierigkeiten auf dem Weg zu einem Rahmenübereinkommen über die Grundzüge einer Anpassung des KSE-Vertrages sehe er in zwei Bereichen. Zum einen fordere Rußland ein Verbot der Stationierung neuer Truppen in solchen Gebieten, in denen vorher noch keine fremden Truppen stationiert waren. Hier hoffe er, daß Moskau sich in Wien auf eine ähnliche Formulierung wie in der Grundakte einlassen werde. Das zweite Hindernis sei die russische Forderung nach einer Obergrenze für Streitkräfte bzw. für durch den Vertrag erfaßte Ausrüstungen für militärische Zusammenschlüsse als solche. Diese Forderung ziele darauf ab, vertraglich bindende kollektive Obergrenzen für die NATO als ganze, ungeachtet der Zahl ihrer Mitglieder, festzulegen. Von dieser Forderung erhoffe Moskau sich einen gewissen Schutz gegen eine weitere Öffnung der NATO für neue Mitglieder. Auf eine derartige Forderung könne die NATO selbstverständlich nicht eingehen. Vielmehr habe die NATO einen auf sieben Punkten basierenden eigenen Vorschlag zur Anpassung des KSE-Vertrages unterbreitet. Die Grundidee dieses Vorschlages sei die Festschreibung von nationalen territorialen Stationierungsobergrenzen, welche lediglich in Ausnahmefällen, wie beispielsweise friedenserhaltenen Maßnahmen, Militärübungen oder im Verteidigungsfall überschritten werden dürften. Eine derartige, auf territorialen Obergrenzen basierende zukünftige Vertragsstruktur würde auch den, den beiden russischen Forderungen wirklich zugrunde liegenden Bedenken effektiv entgegenkommen. Auch wenn Rußland derzeit noch ablehnend reagiere, gebe es doch klare Anzeichen dafür, daß Moskau sich der substantiellen Vorteile einer solchen Regelung bewußt sei. Abschließend stellte der Botschafter fest, daß alle Vertragsparteien sich der herausragenden Bedeutung des KSE-Vertrages für die europäische Sicherheit bewußt seien. Bei den laufenden Verhandlungen werde dieses Bewußtsein seiner Auffassung nach schließlich zu einer Einigung über die Anpassung führen und damit gewährleisten, daß der Vertrag aktuell bleibe und seiner Zielsetzung gerecht werden könne.

Abg. **Cook** (Vereinigtes Königreich) stellte gemeinsam mit seinen beiden Ko-Berichterstattern Wachsler (Ungarn) und Ratiu (Rumänien) den Entwurf eines Zwischenberichts des Unterausschusses betr. die Zukunft der Streitkräfte vor. Bei der Erstellung des im November 1996 von der NAV verabschiedeten Berichts zum Thema „Partnerschaft für den Frieden: Eine Grundlage für neue Sicherheitsstrukturen und Anreiz für militärische Reformen in Europa" habe sich herausgestellt, daß sowohl Ungarn als auch Rumänien ihre Teilnahme an den PfP-Aktivitäten als einen notwendigen Schritt in Richtung auf ihre NATO-Mitgliedschaft betrachteten. Im unmittelbaren Vorfeld des NATO-Gipfeltreffens im Juli, auf dem ein oder mehrere mittel- bzw. osteuropäische Staaten eingeladen werden sollen, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, verfolge der vorliegende Sonderbericht zum Thema „Partnerschaft für den Frieden, NATO-Erweiterung und die Rückkehr nach Europa: der Fall Ungarn und Rumänien" das Ziel, die laufenden Diskussionen fortzuführen und anzuregen. Die zusammengestellten Informationen über die Entwicklung der Streitkräfte der beiden Staaten, über die Beziehungen des Militärs zur zivilen Regierung, die Außenpolitik sowie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ließen es, so der Berichterstatter, als Verdienst der Völker Osteuropas erscheinen, die kommunistische Ideologie in ihren eigenen Ländern zu Fall gebracht zu haben. Hierdurch sei die Teilung Europas zum Wohle aller Europäer überwunden und die Gefahr eines nuklearen Krieges verringert worden. Hieraus resultiere für den Westen nun die moralische Verpflichtung, diesen Nationen auf ihren schwierigen Wegen in Richtung auf Marktwirtschaft und Demokratie zu helfen und sie zu ermutigen, sich nach fast fünfzigjähriger Trennung Europa erneut anzuschließen. Die NATO-Erweiterung und das Programm der Partnerschaft für

den Frieden stellten wichtige Schritte in diese Richtung dar, welche einander ergänzen und verstärken sollten. Angesichts der fortbestehenden russischen Bedenken müßten die Anstrengungen fortgesetzt werden, Rußland zu überzeugen, daß eine erweiterte und erneuerte NATO zu einem stabileren Europa beitragen könne und daß diese Erweiterung daher letztlich im Interesse Rußlands liege. Im Hinblick auf die Staaten, welche nicht in einer ersten Erweiterungsrunde in die NATO aufgenommen werden könnten, sei insbesondere die Schaffung einer hochrangigen Gruppe (Senior Level Group) zu begrüßen, welche sich um Ideen für eine weiterführende Form der Partnerschaft für den Frieden bemühe. Abg. **Markus Meckel** (Bundesrepublik Deutschland) pflichtete dem Berichterstatter dahingehend bei, daß der Kommunismus nicht etwa durch den Westen zerstört worden sei, sondern daß es sich beim Zusammenbruch der kommunistischen Staaten um eine Entwicklung gehandelt habe, in deren Verlauf politische und gesellschaftliche Kräfte die kommunistischen Herrschaftssysteme von innen heraus bekämpft hätten.

Für den Unterausschuß Sicherheit im Norden stellte der niederländische Abg. **Hoekema** den Entwurf eines Zwischenberichts zum Thema „Keine Sicherheit in der Arktis ohne Rußland" vor. Dieser Bericht zeige angesichts der tödlichen Bedrohung, welche von den zum Teil stillgelegten atomgetriebenen Schiffen und U-Booten in der Arktis ausgehe, Ansatzpunkte auf, welche sich für die gemeinsame Lösung der Sicherheitsprobleme dieser Region eignen könnten. So sei es bemerkenswert, daß die zur Zeit laufenden Projekte zur Überwachung, Beurteilung und zum Schutz der arktischen Umwelt die Trennlinien des Kalten Krieges überwinden und Rußland mit einbeziehen würden. Die schwerwiegenden Gefahren für die Bevölkerung Nordeuropas erforderten jedoch sofortige weitergehende Maßnahmen, für welche der Bericht einige Beispiele anführe.

Anschließend stand der zweite Teil der Untersuchung des Generalberichterstatters **Estrella** (Spanien) zum Thema „Der Zustand der russischen Streitkräfte" auf der Tagesordnung. Die im Bericht geschilderten Bemühungen des russischen Verteidigungsministers Rodionow, den Niedergang der russischen Streitkräfte aufzuhalten und wirksame Reformen durchzuführen, resultierten letztlich in der Entlassung Rodionows und des russischen Generalstabschefs. Auch das von Präsident Jelzin während des Präsidentschaftswahlkampfes im Mai 1996 unterzeichnete Dekret, demzufolge die russischen Streitkräfte bis zum April 2000 ausschließlich aus Berufsoffizieren und Berufssoldaten bestehen sollen, sei ausgesetzt und seine Durchführung bis auf das Jahr 2005 vertagt worden. Die beabsichtigte vollständige Abschaffung der Wehrpflicht sei aber nach Ansicht des Berichterstatters erforderlich, um die Einsatzbereitschaft der russischen Streitkräfte aufrechtzuerhalten. Der derzeitig niedrige Ausbildungsstand, die schlechte Qualität der militärischen Gerätschaften sowie die sogar die Notunterkünfte und die Lebensmittelversorgung betreffende Ressourcenknappheit führten dazu, daß es sich bei den russischen Soldaten um frustrierte, undisziplinierte, unterbezahlte, unzufriedene und verzweifelte Soldaten handele, welche eine ständige Gefahr nicht nur für die russische Gesellschaft sondern auch für Rußlands Nachbarstaaten und letztlich auch für die NATO darstellten. Konsequent fordert der Generalberichterstatter daher in seinem Berichtsentwurf die NATO auf, Rußland in stärkerem Umfang zu helfen und zwar über die bereits bestehenden Programme hinaus mit einem Austausch von Offizieren, gemeinsamen Manövern und über die Offiziersausbildung. Weiterhin solle das russische Militär zum Aufbau des Selbstvertrauens der Armee dazu ermutigt werden, an internationalen friedenswahrenden Missionen teilzunehmen und seine Führungsinstrumente mittels einer Kooperation mit den Streitkräften der NATO zu verbessern.

Abg. **Manfred Opel** (Bundesrepublik Deutschland) begrüßte den Bericht als Ausgangspunkt für eine Diskussion über ein extrem heikles Thema. Er bezweifle, daß irgendjemand umfassend über den offiziellen oder auch inoffiziellen Umfang der russischen Streitkräfte informiert sei. Angesichts der geschilderten, unhaltbaren Zustände sei es unumgänglich, Rußland auch in diesem Bereich zu helfen. Im Hinblick auf die Öffnung der NATO fügte er hinzu, daß diese Rußland das gebe, was das Land im Grunde brauche, nämlich die durch einen gefestigten Partner vermittelte Stabilität in den Außenbeziehungen. Für die Arbeit des Verteidigungsausschusses und seiner Unterausschüsse halte er eine engere Zusammenarbeit mit den russischen Delegierten für äußerst begrüßenswert. Hierdurch erhielten die Delegierten zusätzliche Informationen über die russischen Streitkräfte und die russischen Militärs würden erfahren, daß der Westen an den Einzelheiten dieser Problematik interessiert und auch informiert sei.

Der Vorsitzende teilte den Ausschußmitgliedern mit, daß der Vorsitzende des Unterausschusses zur Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit zwischen Europa und Nordamerika, der Abg. **David Clark** (Vereinigtes Königreich) Mitglied der neuen britischen Regierung geworden sei. Der Ausschuß bestellte daraufhin den Abg. **Walter Kolbow** (Bundesrepublik Deutschland) zum amtierenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit zwischen Europa und Nordamerika".

Wirtschaftsausschuß

Der Wirtschaftsausschuß tagte am 29. Mai 1997 unter Vorsitz des Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten).

Der Ausschuß behandelte den von Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) vorgelegten Generalbericht über „Transatlantischen Rüstungshandel und Veränderungen der Verteidigungsmärkte" und den von Abg. **Zijlstra** (Niederlande) verfaßten Zwischenbericht des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz" über „Ungarn in der Weltwirtschaft". Vor dem Ausschuß sprachen als Gastredner **Prof. Randall Henning** von der „American University" in Washington D. C., **Prof. Trevor Taylor,** Institut für Sozialwissenschaften, Staffordshire University, **Dr. Jens van Scherpenberg,** Stiftung Wissenschaft und Politik,

und **Dr. Peter Boone** von der „London School of Economics".

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden referierte **Prof. Randall Henning,** „American University", Washington D. C., über die Europäische Währungsunion aus amerikanischer Sicht. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion läge im amerikanischen Interesse, allerdings fehlten Institutionen und Verfahren für eine Außenwährungspolitik und damit die Voraussetzungen für eine internationale Währungszusammenarbeit. Er zeigte sich davon überzeugt, daß die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) rechtzeitig zustande komme, anfangs vermutlich mit einem harten Kern von Teilnehmern, deren Anzahl dann schnell wachsen und irgendwann alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union umfassen werde. In den USA werde im Zusammenhang mit der WWU am häufigsten danach gefragt, ob diese eine Deflation provozieren, den Dollar herausfordern und die Wirtschaftspolitik in den USA beeinflussen werde. Eine Auseinandersetzung mit diesen Fragen vermisse er innerhalb der Europäischen Union. **Prof. Randall Henning** führte weiter aus, er stehe den Regelungen im Vertrag von Maastricht konstruktiv kritisch gegenüber, bedauere jedoch insbesondere, daß im Vertrag weder die Frage geklärt sei, wie die Europäische Union beim Aushandeln internationaler Währungsabkommen vertreten werde, noch, wer für internationale Währungskrisen zuständig sei. Die Europäische Zentralbank könne nur einen Teil dieser Aufgaben übernehmen. Daß die interne Preisstabilität von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union als wesentlich wichtiger angesehen werde als die internationalen Wechselkurse, zeige sich auch darin, daß die internationale Seite der Finanzpolitik im Vertrag von Maastricht nicht geregelt werde. Offen bleibe auch, wer die wesentlichen Entscheidungen im wirtschaftspolitischen Bereich treffen werde. Gerade das Interesse der USA an transparenten und effizienten Verfahren und Strukturen sei jedoch sehr groß; dazu sollte ein politischer Beauftragter für die WWU benannt und Entscheidungen im Rat in Zukunft mit Mehrheit gefaßt werden. **Prof. Henning** schlug vor, Währungsfragen in Zukunft in einer G-3-Konferenz, bestehend aus den USA, Japan und der Europäischen Union, zu behandeln, während die bisherige G-7-Konferenz dann nur noch für die internationale Wirtschaftspolitik zuständig wäre. So werde eine Möglichkeit geschaffen, die notwendige Zusammenarbeit bei den Dollarreserven in der Europäischen Union in Angriff zu nehmen. Die USA und die Europäische Union müßten gemeinsam die Instabilität bei den Währungen bekämpfen und sich auf feste Kurse mit einer schmalen Schwankungsbreite zwischen Dollar, Euro und Yen verständigen. Solch ein Wechselkursmechanismus läge nicht nur im Interesse der USA und der Europäischen Union, sondern schaffe auch Stabilität für die übrige Welt.

Abg. **Zijlstra** (Niederlande) bat den Gastredner darzulegen, ob aus seiner Sicht die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank nicht auch die Gefahr in sich berge, monetäre Politik ohne Rücksicht auf die Arbeitslosenzahlen zu betreiben. Ferner sei er an einer Bewertung der strengen Beitrittsbedingungen interessiert.

Prof. Randall Henning entgegnete, er sei ein großer Befürworter der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Davon müßten auch keine Risiken für die Beschäftigungslage ausgehen. Zu den Konvergenzkriterien könne er nur darauf hinweisen, daß es auf jeden Fall notwendig sei, die Haushaltsdefizite zu verringern, allerdings müsse die Europäische Union auch berücksichtigen, daß Haushaltsdefizite in erster Linie von der Konjunktur abhingen. Auf eine weitere Nachfrage von Abg. **Nicholls** (Vereinigtes Königreich) führte **Prof. Randall Henning** aus, er sei davon überzeugt, daß mit Ausnahme Griechenlands nächstes Jahr alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihr Haushaltsdefizit unter die 3%-Marke führen könnten. Die Neubewertung der Goldreserven sei zwar sehr umstritten, aber selbstverständlich müsse das Gold zum Marktpreis neu bewertet werden, bevor die gemeinsame Währung zustande komme, um die „Gewinne" einer Neubewertung nicht an die Europäische Zentralbank abführen zu müssen. Zur Bedeutung der Konvergenzkriterien sei darauf hinzuweisen, daß diese zwar für die Stabilitätsorientierung, aber nicht für das Funktionieren wichtig seien. Die Wirtschaftswissenschaft beurteile Volkswirtschaften anhand von Lohnflexibilität, Arbeitnehmermobilität und Wissenschaftstransfer.

Auf eine Bemerkung des Vorsitzenden erklärte **Prof. Randall Henning,** der Dollar werde sicherlich durch den Euro herausgefordert werden. Allerdings seien die Vorteile, die daraus gezogen werden könnten, daß die eigene Währung eine internationale Ankerwährung sei, heute wesentlich geringer. Kredite und Währungen könnten getrennt werden, so daß die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Kapitalmarktteilnehmer geringer seien. Auf die Frage von Abg. **Alierta** (Spanien) regte **Prof. Randall Henning** an, die 50 bis 100 Milliarden US-Dollar, die gegenwärtig bei den Zentralbanken zur Absicherung von Wechselkursrisiken liegen und in der Zukunft nicht mehr benötigt würden, in einen internen Ausgleichsfonds einzubringen. Dies würde nicht gegen den EU-Vertrag verstoßen und es könne ein Mechanismus geschaffen werden, der die bisherige Währungsabwertung ersetzen könne. An Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) gerichtet merkte **Prof. Randall Henning** an, unterschiedliche, konjunkturelle Entwicklungen, wie die in der Europäischen Union zwischen Großbritannien und dem Festland, gäbe es auch in den Vereinigten Staaten. Dort würden diese konjunkturellen Unterschiede durch Bundessteuern und Bundessozialleistungen, durch die Arbeitnehmermobilität und flexible Löhne abgefangen. Abschließend wies **Prof. Randall Henning** auf eine Bemerkung von Abg. **Terracini** (Italien) darauf hin, daß die Stabilität des Euro auch davon abhängen werde, ob die Mitgliedstaaten sich in der Zukunft an die Konvergenzkriterien hielten. Hierzu sei auf dem Europäischen Rat im Dezember 1996 der Stabilitätspakt vereinbart worden. Ob dieser greifen werde, hänge von der Bereitschaft des Rates zur Verhängung von Sanktionen ab.

Anschließend trug Abg. **van Gennip** (Niederlande) für den Generalberichterstatter Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) einen zusammenfassenden Überblick über den transatlan-

tischen Rüstungsmarkt und die Veränderungen der Verteidigungsmärkte vor. Der Berichterstatter hob zu Beginn seines Berichtes vor allem die Veränderungen hervor, die das Ende des Kalten Krieges, die Bemühungen zur Verringerung der Haushaltsdefizite aber auch der Golfkrieg für die Rüstungsmärkte mit sich gebracht hätten. Auf den Bedarf nach „High-Tech-Ausrüstungen" für vielfältige Einsatzmöglichkeiten und die Beweglichkeit kleiner Einheiten hätten sich die US-amerikanischen Firmen wesentlich schneller eingestellt als ihre europäischen Konkurrenten. Der große Rückstand der europäischen Firmen sei jedoch darauf zurückzuführen, daß sie langsamer rationalisiert hätten und nicht auf einen einheitlichen EU-Rüstungsmarkt zurückgreifen könnten. Um in Europa einen gemeinsamen Verteidigungsmarkt herzustellen, sei eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik eine wichtige Voraussetzung. Fusionen von europäischen Unternehmen jenseits nationaler Grenzen und Egoismen könnten den Weg dabei erleichtern. Schließlich sei es jedoch auch wichtig, daß die USA ihren Markt für europäische Firmen öffneten. Im schriftlichen Bericht seien dazu einige ermutigende Ansätze aufgeführt, die das internationalere Handeln der USA erkennen ließen, aber noch kein zufriedenstellendes Ergebnis darstellten. Zum Schluß würden in dem Bericht zahlreiche noch zu klärende Fragen aufgeworfen: So werde gefragt, wie eine transatlantische Kooperation oder Konkurrenz aussehen könne, welche Rolle der NATO zufalle, welche Rolle die Parlamente zu übernehmen hätten oder wie sich die vorgesehene NATO-Erweiterung auf die Rüstungsmärkte auswirken werde.

Ebenfalls mit der wirtschaftlichen Lage und Beschaffungssituation des sich verändernden transatlantischen Verteidigungsmarktes befaßten sich die Gastredner **Prof. Trevor Taylor,** „School of Social Sciences", Staffordshire University und Dr. **Jens van Scherpenberg,** Stiftung Wissenschaft und Politik. **Dr. Jens van Scherpenberg** hob hervor, Europa sehe sich einer starken Herausforderung durch die Markt- und Technikvorherrschaft der USA gegenüber. Auf den Rüstungsmärkten stehe nicht mehr die gemeinsame Bündnisverteidigung sondern der Wettbewerb im Vordergrund. Gleichzeitig seien die wirtschaftlichen Anreize für eine Kooperation auf beiden Seiten zurückgegangen. In den USA gehe dies mit einer Monopolisierung einher, den US-Rüstungsunternehmen sei es nämlich gelungen, sich in den letzten Jahren zu konsolidieren und zu effizienten, profitablen Einheiten umzugestalten und so Marktanteile auf dem Rüstungssektor zu gewinnen, diejenigen der ehemaligen Sowjetunion fast vollständig. Dadurch werde zugleich der technologische Vorsprung, den die militärische Forschung mit sich bringe, vergrößert. Um den düsteren Aussichten für die Europäische Union zu begegnen, sei eine gesamteuropäische Konsolidierung erforderlich, gegen die sich jedoch insbesondere Frankreich sperre. Eine gesamteuropäische Integration ziviler und militärischer Technologie könne auch das Kooperationsinteresse bei den US-Konsortien wiederbeleben.

Prof. Trevor Taylor legte ebenfalls dar, daß es einen erhöhten Bedarf für eine transnationale europäische Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor auf der Grundlage der neuen Herausforderungen nach dem Kalten Krieg gebe. Die US-Rüstungsindustrie habe rasch begriffen, daß von ihr nun hochentwickelte Systeme gefordert würden, die einen breiten Aufgabeneinsatz ermöglichten und weniger Geld kosteten. Mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert hätten die Rüstungsfirmen der Europäischen Union sich zusätzlich noch mit dem verschärften Wettbewerb der großen amerikanischen Firmen auseinanderzusetzen. Diese Herausforderungen könne Europa meistern, wenn die politischen und rechtlichen Voraussetzungen für harmonisierte Anforderungen und offenere nationale Märkte in Europa geschaffen würden. Zusätzlich müßten für transnationale Kooperationsunternehmen selbständige Entscheidungskompetenzen eingeführt werden. Der Weg dahin sei jedoch beschwerlich, da die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu einem großen Teil Angst vor Autonomieverlusten hätten. Insofern fehle für eine entsprechende europäische Zusammenarbeit noch die notwendige Einsicht und Einigungsfähigkeit. Allerdings sei auch die Regierung der USA an vernünftigen europäischen Konkurrenten für die US-Unternehmen interessiert.

Im Hinblick auf die NATO-Erweiterung verwies Abg. **Zijlstra** (Niederlande) auf die enormen Kosten für die mittel- und osteuropäischen Staaten zur Anpassung ihrer Ausrüstung an das NATO-Niveau, wovon ein Großteil von den Vereinigten Staaten von Amerika übernommen werde. Er fragte daher, ob hieraus auch Aufgaben für die transnationale Kooperation folgen würden.

Dr. Jens van Scherpenberg führte dazu aus, zwar wäre aus Sicht der USA eine Kostenübernahme durch die Europäische Union ideal, aber der Markt biete nur US-Systeme; das sei aus Sicht der Europäer natürlich unbefriedigend. **Prof. Trevor Taylor** ergänzte, die mittel- und osteuropäischen Staaten würden das NATO-Ausrüstungsniveau ebensowenig in der näheren Zukunft erreichen wie Griechenland und die Türkei; zunächst einmal sei es ausreichend, wenn Interoperabilität erreicht würde. Auf eine Frage von Abg. **Kenny** (Kanada) legte **Prof. Trevor Taylor** dar, daß Kanada für Militärgüter wenig ausgebe, weil es keine eigene Rüstungsindustrie habe und deshalb offensichtlich auch weniger Geld in die Rüstung investiere. Dieses Vorgehen könne auch anderen als Beispiel dienen, um Rüstungskosten zu senken: dabei werde nämlich die Rüstungsbeschaffung nicht mit anderen Überlegungen, wie z.B. der Beschäftigungsförderung, verknüpft.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Zwischenbericht des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz" über „Ungarn in der Weltwirtschaft", den der Abg. **Zijlstra** (Niederlande) vorstellte. Er erinnerte zu Beginn seiner Ausführungen daran, daß die ungarische Wirtschaft sich nach dem Zusammenbruch des Ostblocks mit einer drückenden Schuldenlast und steigenden Inflation und Schulden in einer schlechten Verfassung befunden habe. Das von der Horn-Regierung aufgelegte Sparprogramm habe bewirkt, daß die Zinsen gesunken und das Vertrauen der Weltwirtschaft in Ungarn gestiegen sei; gleichzeitig seien die

Lohnkosten gefallen und es sei gelungen, die Arbeitslosigkeit bei 11 % zu halten. Die ergriffenen Maßnahmen hätten das Vertrauen der Investoren zwar gestärkt, bewirkten jedoch gleichzeitig einen schmerzhaften Prozeß, der jetzt bei einem stagnierenden Wirtschaftswachstum besonders deutlich werde und daher auch politischen Widerstand provoziere. Trotzdem setze auch der neue Finanzminister die Politik fort. Die Inflationsrate betrage 23 % während das Wirtschaftswachstum auf 1 % zurückgegangen sei. Dies läge wohl auch daran, daß der innerstaatliche Verbrauch und die sonstigen Investitionen gesenkt worden seien. Zusätzlich würden Probleme für Ungarn dadurch verursacht, daß es eine niedrige Sparquote und eine veraltete Bevölkerung habe. Das Rentensystem habe die Sparfähigkeit und die Investitionskapazitäten ausgehöhlt. Die Regierung plane daher, ein neues System auf der Grundlage von privaten Pensionsfonds einzuführen. Obwohl der Privatisierungsprozeß weitgehend abgeschlossen und auch die letzten Unternehmen im kommenden Jahr verkauft sein sollten, sei das Privateigentum noch nicht ausreichend verteilt. Insbesondere inländisches Kapital sei nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Dementsprechend würden 25 % aller mittel- und osteuropäischen Investitionen des Auslandes in Ungarn getätigt. Anreize stellten dafür insbesondere dar, daß In- und Ausländer gleichbehandelt wurden und zahlreiche Investitionen auf der grünen Wiese möglich seien. In Ungarn habe sich eine sehr starke Zulieferindustrie entwickelt. Voraussetzung für den Erfolg der ungarischen Wirtschaft sei daher aber auch, daß Ungarn in regionale Wirtschaftsverbände integriert werde. Aus diesem Grund wolle Ungarn möglichst bald der Europäischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion beitreten. Um dieses Ziel zu erreichen, seien die Subventionen erheblich gekürzt und transparenter gestaltet und die Wirtschaftspolitik auf die WTO/OECD-Leitlinien und WWU-Kriterien abgestimmt worden. Hervorzuheben sei die gute Währungspolitik der unabhängigen Zentralbank, die zu dem Rückgang der Inflation beigetragen habe. Weiterhin problematisch sei der außerordentlich ineffiziente Agrarsektor, der überwiegend in kleinen Nebenerwerbsbetrieben organisiert sei. Schließlich stelle aber auch die wachsende Organisierte Kriminalität ein erhebliches Problem dar. Abschließend könne festgehalten werden, daß zur Zeit positive wie auch besorgniserregende Aspekte die politische Situation in Ungarn beeinflußten. Die bisherigen beispielhaften Anstrengungen, die die ungarische Regierung unternommen habe, um den Umgestaltungsprozeß möglichst zügig voranzutreiben und der Umstand, daß alle Parteien sich einig seien, möglichst schnell Mitglied in der NATO und der Europäischen Union zu werden, berechtigten – trotz aller Probleme – zu einem optimistischen Ausblick.

Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) unterstrich, daß der Übergang vom Kommunismus zum marktwirtschaftlichen System in Ungarn bisher harte Arbeit gewesen sei. Trotz aller Probleme seien jedoch deutliche Verbesserungen zu erkennen, so sei z. B. der ungarische Aktienmarkt zur Zeit der zweitbeste in der Welt.

Abg. **Zijlstra** (Niederlande) betonte, daß Ungarn zwar im Vergleich mit vielen anderen mittel- und osteuropäischen Staaten, insbesondere im Vergleich zu Tschechien, gut dastehe, aber momentan mit verschiedenen Unternehmenspleiten und Bankzusammenbrüchen große Probleme habe. Jetzt müsse das langfristige Wirtschaftswachstum gefördert werden, indem die Sparpolitik, die von der Bevölkerung akzeptiert werde und daher beste Erfolgsaussichten biete, konsequent fortgesetzt werde. Insgesamt sei das Programm der Regierung vielversprechend und werde daher sicherlich langfristig zu soliden Ergebnissen führen. Abg. **DeSoussá** (Portugal) sprach sich für eine Intensivierung der Privatisierung aus und fragte, wie der positive Ausblick damit vereinbar sei, daß es für Ausländer nach wie vor schwierig sei, in Ungarn Grundstücke zu kaufen. Abg. **Zijlstra** (Niederlande) entgegnete, er persönlich bevorzuge eine Vollendung anstelle einer Verstärkung des Privatisierungsprozesses. Im übrigen gäbe es keinen Staat auf der Erde, in dem Ausländer ungehindert Eigentümer von Grundstücken werden könnten. Davon zu unterscheiden sei das Recht, Firmen zu gründen. Dies sei regelmäßig auch ohne Grunderwerb möglich. Allerdings sei die Sonderbehandlung auf dem Agrarsektor und bei Immobilien auch einer der Kritikpunkte in dem Bericht. Im Bank-, Industrie- und Handelsbereich sei Ungarn anderen mittel- und osteuropäischen Staaten jedoch weit voraus. Abg. **van Gennip** (Niederlande) bat den Berichterstatter darzulegen, welche Rolle den Überlegungen zu einem „Marschall-Plan" für die mittel- und osteuropäischen Staaten vor dem erfolgreichen Wachstum der letzten Jahre beigemessen werden müsse. Zudem betonte er, daß eine gesunde Gesellschaft nur entstehen könne, wenn soziales und wirtschaftliches Wachstum miteinander verbunden seien. Dies zeige sich gerade im Agrarbereich. Auch im Westen hätten die großen Nachteile kleiner Betriebe nur allmählich durch neue Organisationsformen, wie z. B. Genossenschaften, überwunden werden können. Schließlich dürfe auch nicht vergessen werden, daß in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union seit etwa 50 Jahren staatliche Unternehmen privatisiert würden und zudem in ausreichender Anzahl verantwortungsvolle Manager vorhanden seien.

Abg. **Zijlstra** (Niederlande) entgegnete, auf die Überlegungen für einen „Marschall-Plan" für die mittel- und osteuropäischen Staaten wolle er nicht eingehen, zumal in Ungarn eine Ausnahmesituation herrsche, da es ausreichend Auslandskapital gegeben habe. Dies sei in den meisten anderen mittel- und osteuropäischen Staaten nicht der Fall, so daß vor allem dort Investitionsmittel fehlten. Soweit der Agrarbereich angesprochen sei, stellten die Genossenschaften sicherlich eine Möglichkeit dar, um das Problem mit den Kleinbetrieben zu lösen. Allerdings, das habe die Entwicklung in Polen gezeigt, stießen diese Überlegungen gegenwärtig auf hohe psychologische Widerstände, die daher rührten, daß der Kommunismus noch nicht lange genug überwunden sei. Gerade die Erinnerung an die Ostblock-Zeiten erschwerten es, auf die Verfügungsgewalt über Besitz zu verzichten. Abschließend wolle er darauf hinweisen, daß Ungarn, aber auch Tschechien ein

gutes und breites Potential an potentiellen Managern hätten. Diese würden – wegen besserer Erwerbsaussichten – jedoch zu einem großen Teil in die USA oder die Europäische Union auswandern.

Als letzter Gastredner gab **Dr. Peter Boone,** „Centre for Economic Performance, The London School of Economics", einen Überblick über die russische Wirtschaft. Die Probleme vor denen Rußland heute stehe, erschlössen sich aus der Vergangenheit. Der Zusammenbruch des Ostblocks sei für Rußland ungleich schwieriger gewesen, da es wesentlich länger kommunistisch regiert worden sei. Rußland habe über viele große Kombinate verfügt und sei ein großes Industrieland gewesen. Mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft im Ostblock habe es sich jedoch mit den Mechanismen von Weltmärkten zu befassen gehabt. Damit einhergegangen sei der Zusammenbruch des Rechtssystems und der Ausbruch von Machtkämpfen. Schließlich stelle auch die russische Mafia einen ganz erheblichen Störfaktor dar. All dies führe dazu, daß ein geregeltes Unternehmertum sich noch nicht habe entwickeln können. Symptome all dieser Probleme seien z.B., daß 30% des Bruttoinlandsproduktes in der ersten Reformzeit als Kredite an Interessengruppen geflossen seien, ferner daß weder die Öl- noch die Steuereinnahmen im Haushalt auftauchten, da derjenige sie sich nähme, der die meiste Macht habe. Schließlich werde die Situation dadurch beeinträchtigt, daß die Wechselkurse gestiegen, die Renten niedrig und die Löhne lange nicht gezahlt worden seien. Allerdings gebe es auch viele Anzeichen für Fortschritte: Die Inflation sei auf 12% gesunken, 127000 Unternehmen und damit 50% der Wirtschaftsunternehmen seien privatisiert und ein Wirtschaftswachstum von 2 bis 3% sei zu erwarten. Ferner habe sich ein hervorragend funktionierender Finanzmarkt aus dem Nichts entwickelt. Leider werde über alle diese positiven Entwicklungen nichts berichtet. Die russische Regierung müsse vor allem durch Verbesserungen bei der Steuererhebung und -eintreibung dem Rückgang des Staatshaushalts auf 29% des Bruttosozialproduktes entgegenwirken. Dies könne jedoch nur gelingen, wenn das schwerfällige Steuersystem reformiert werde. Reformen auf der Ausgabenseite würden ungleich schwerer zu bewerkstelligen sein, da sehr viele Ausgaben auf lokaler Ebene getätigt würden. Ferner müßten dringend die maroden Unternehmen reformiert werden. In einer Studie über die russischen Unternehmen sei festgestellt worden, daß nur etwa ein Drittel der Unternehmen reformiert worden seien. Gleichzeitig seien keine neuen Produkte, keine neuen Ideen entwickelt worden und habe auch kein neues Management Fuß fassen können. Schließlich müßten auch die Monopolstrukturen im Bereich Erdgas, Infrastruktur, Telefon und Strom beseitigt werden. Um mehr Unternehmensgründungen anzuregen, sei es notwendig, lokale Hindernisse, insbesondere Vetternwirtschaft und die Erpressungen durch die Mafia, zu beseitigen. Die öffentliche Meinung sei zwar zur Zeit gegen die laufende Marktreform, so seien nahezu 70% damit unzufrieden, diese Gegnerschaft gründe sich aber nicht darin, daß die Marktreformen abgelehnt würden, vielmehr würden schnellere Reformen gewünscht.

Für die Zukunft seien zwei Szenarien denkbar. Das eine, pessimistische Szenario könne wie folgt gezeichnet werden: Rußland wendet sich verstärkt nach innen, nationalistische und protektionistische Strömungen erstarken, die Reformen werden behindert, was die russische Wirtschaft eine zeitlang aushält, um anschließend wegen der fehlenden notwendigen Anpassungen an den Wettbewerb zusammenzubrechen. Ein riesiges Zahlungsbilanzdefizit entstehe. **Dr. Peter Boone** fuhr fort, er halte jedoch ein anderes, optimistischeres Szenario für wahrscheinlicher: Rußland werde sich weiterhin nach außen orientieren. Ein Bündnis zwischen dem Finanzbereich, den Reformern und der marktorientierten Wirtschaft entstehe; dieser Prozeß könne zur Zeit beobachtet werden und verspreche, die Probleme erfolgreich zu bewältigen, indem auf Wachstum und eine starke Volkswirtschaft gesetzt werde. Das Bruttosozialprodukt befinde sich auf einem ähnlichen Stand wie das Kanadas, werde auch eine zeitlang unverändert bleiben; vor allem auf dem Rohstoffsektor sei der Kapitalbedarf hoch, Investitionen – 3 Milliarden US-Dollar in den letzten Monaten – seien jedoch bereits begonnen. Dabei dürfe allerdings nicht vergessen werden, daß Rußland auch militärisch beachtet werden wolle und zur Zeit wenig Geld für das Militär ausgeben könne. Der Westen könne die positiven Entwicklungen der russischen Wirtschaft vor allem dadurch unterstützen, daß er Haushaltsprobleme durch finanzielle Unterstützungen – wie schon durch den Internationalen Währungsfonds geschehen – abfedert, die Integration der russischen Wirtschaft in den Weltmarkt erleichtere, Hilfen bei der Ausarbeitung der entsprechenden Vorschriften zur Verfügung stelle und den Transfer von Technik-know-how zulasse, so daß die russische Wirtschaft auch Gewinne erwirtschaften könne. Schließlich dürfte eine der wichtigsten Hilfen sein, regelmäßig mit russischen Politikern Unterredungen über die russische Innenpolitik zu suchen. Die Stabilisierung der Marktwirtschaft werde eine breite Unterstützung für die Reformen nach sich ziehen. Abschließend erklärte **Dr. Peter Boone,** seine Einschätzung der Chancen der russischen Wirtschaft könne er mit folgendem Jelzin-Zitat ausdrücken: „Wir sind dazu verurteilt, Erfolg zu haben, denn wir haben die besseren Geschäftsleute auf unserer Seite."

Abg. **Kenny** (Kanada) fragte, weshalb westliches Kapital nach Rußland gebracht werden solle, solange dort kein ausreichender Rechtsrahmen zu dessen Schutz bestehe. Darauf entgegenete **Dr. Peter Boone,** es gebe attraktive Investitionsmöglichkeiten in der russischen Wirtschaft. Die Risikobeurteilung falle besser aus, da mittlerweile einige Gesetze zum Schutz der Aktionäre erlassen worden seien. So seien auch Vorstandsbeteiligungen möglich. Gute Gewinnaussichten bestünden, da in Rußland Arbeit und Rohstoffe billig seien und die Wirtschaft nicht an der hohen Verschuldung des russischen Staates teilhabe. Auf eine weitere Nachfrage von Abg. **Alierta** (Spanien) führte **Dr. Peter Boone** aus, der russische Staat habe Finanzmittel, mit denen die Wahrnehmung der Staatsaufgaben sichergestellt werden könne. Die Verteilung des zur Verfügung stehenden Geldes sei jedoch eines der Probleme. So werde z.B. zuviel Geld

für den Wohnungsbau und von den lokalen Organisationseinheiten ausgegeben, so daß der Zentralregierung das benötigte Geld fehle. Er sei jedoch zuversichtlich, daß diese Probleme mit der allmählichen Stabilisierung gelöst würden. Abg. **Zijlstra** (Niederlande) merkte an, die russische Gasindustrie weise eine hohe Zuverlässigkeit auf. Zuversichtlich sei er auch deshalb, weil das russische Gas-Transportmonopol in absehbarer Zeit fallen werde. Wichtig erscheine ihm jedoch, daß mehr Geld in die kleinen und mittleren Unternehmen investiert werde. Er bat daher **Dr. Peter Boone** darzulegen, welche Möglichkeiten er sehe, für diese Unternehmen langfristiges Kapital zu organisieren. In seiner Antwort verwies **Dr. Peter Boone** auf den entsprechenden, erfolgreichen Prozeß in Polen. Allerdings sei kritisch anzumerken, daß die staatlich kontrollierte Kreditvergabe keine Gewähr dafür biete, den guten, erfolgreichen Unternehmer zu fördern. Nach seiner Überzeugung sei es da vielversprechender, wenn auch die „Kreditvergabe" dem Wettbewerb selbst überlassen bleibe.

Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten) schloß die Sitzung des Wirtschaftsausschusses mit dem Hinweis darauf, daß der Ausschuß zu seiner nächsten Sitzung im Oktober 1997 in Bukarest zusammenkommen werde.

Ausschuß für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuß für Wissenschaft und Technologie tagte am 30. Mai unter dem Vorsitz von **Sherwood Boehlert** (Vereinigte Staaten). Unter Hinweis auf die kürzlich unterzeichnete Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantik-Vertragsorganisation und der Russischen Föderation bemerkte **Boehlert** eingangs, daß in dem Kapitel „Konsultation und Zusammenarbeit" der Grundakte viele Gebiete angesprochen seien, mit denen sich der Ausschuß für Wissenschaft und Technologie aktuell befasse, wie z. B. Verhinderung der Verbreitung nuklearer, biologischer und chemischer Waffen, Abwehr taktischer Flugkörper und Informationstechnologien. Nach Genehmigung der Tagesordnung beriet der Ausschuß zuerst den von **Hans Roesjorde** (Norwegen) vorgelegten Berichtsentwurf über die Proliferation von Marschflugkörpern. Der Berichterstatter warnte vor der Bedrohung, die für die internationale Gemeinschaft von der Proliferation von Marschflugkörpern ausgehe, weil gerade in den letzten Jahren große technische Fortschritte bei den Fähigkeiten dieser Waffenart erzielt worden und die dort verwendeten speziellen Technologien in immer stärkerem Maße allgemein verfügbar seien. Darauf könne man mit drei Optionen antworten: Durch robustere Durchsetzung bestehender Verträge und Kontrollmechanismen, wie das Trägertechnologiekontrollregime, durch das Waffenregister der Vereinten Nationen und durch das Abkommen von Wassenar. Bei dem Trägertechnologiekontrollregime könne man z. B. dem technischen Fortschritt dadurch Rechnung tragen, daß die Nutzlastgrenzen herabgesetzt werden. Eine weitere Maßnahme zur Begrenzung der Weiterverbreitung ballistischer Flugkörper könnte darin bestehen, nicht am Kontrollregime beteiligte bzw. dessen Einschränkungen ignorierende Staaten schärfer zu sanktionieren. Schließlich könnte auch das Waffenregister der Vereinten Nationen verschärft werden, indem Einzelheiten zu den Gerätebeständen aufgeführt werden und die gegenwärtig noch freiwillige Verpflichtung zur Informationsweitergabe zum Waffentransfer obligatorisch werde.

Bei einem Scheitern der Bemühungen um die Nichtweiterverbreitung stünden den NATO-Streitkräften drei Möglichkeiten zur Auswahl: Abschreckung, Abwehr und Durchsetzung der Nichtweiterverbreitung. Für den anstehenden Herbstbericht sagte der Berichterstatter zu, die Fragen weiterzuverfolgen und darüber hinaus die Frage der Entwicklung unbemannter Fluggeräte als Träger für den Einsatz von Massenvernichtungswaffen näher zu beleuchten.

In der anschließenden Diskussion zeigte sich **Lord Lyell** (Vereinigtes Königreich) beunruhigt über die Zielgenauigkeit von Marschflugkörpern sowie über ihre Tarnkappeneigenschaft, wozu der Berichterstatter ergänzte, daß deren Lenksysteme ebenso weiter perfektioniert würden wie ihre Fähigkeit, sich dem Radar oder sonstigen Kontrollmechanismen zu entziehen. Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) setzte sich für strenge Strafen gegen diejenigen Länder ein, die Marschflugkörper zum Einsatz von atomaren, biologischen oder chemischen Gefechtsköpfen vorhalten. Unter Hinweis auf Berichte der „Washington Post" bat Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) um Informationen darüber, erstens ob Nordkorea und die Vereinigten Staaten über diese Flugkörper in New York Gespräche führten, was vom „State Department" bestätigt worden sei, und zweitens ob Nordkorea an den Irak Scud-Raketen verkauft habe und auch deren Abschüsse plane.

Anschließend berichtete **Roesjorde** über den „Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT): nächste Schritte". Positiv bewertete der Berichterstatter, daß aufgrund der Erfahrungen in den zurückliegenden Jahren die offenkundigen Fortschritte des Iraks beim geplanten Bau von Kernwaffen und die Enthüllung über die Kernwaffenherstellung in Südafrika das öffentliche Bewußtsein für die Dringlichkeit geschärft habe, verstärkt die Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern. Einvernehmen sollte auch darüber bestehen, daß Kernwaffenstaaten ihre Sicherheit im heutigen strategischen Umfeld mit deutlich weniger Nuklearwaffen aufrechterhalten könnten als zu Zeiten des Kalten Krieges. Probleme bereiteten die drei dem Nichtverbreitungsvertrag fernstehenden Länder Israel, Indien und Pakistan. Viel Geduld sei erforderlich und noch erhebliche Überzeugungsarbeit zu leisten, um das Fernziel einer weltweiten nuklearen Abrüstung zu erreichen.

In der anschließenden Diskussion wünschte Abg. **van Waning** (Niederlande) zu erfahren, was wohl pensionierte Generäle und Admiräle davon hielten, wenn der Westen seine nuklearen, biologischen und chemischen Waffen weiter reduziere, während andere Länder diese Waffen ausbauten. Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) schlug als Vorsitzender des Unterausschusses „Proliferation von Militärtechnologie" vor, in New York bei den Folgeverhandlungen zusammenzutreffen – an denen

Brasilien und Pakistan, nicht jedoch Indien als Beobachter teilnehmen würden –, um sich ein Bild über den Stand der Verhandlungen zu machen und im übrigen die in Rede stehenden Länder zu besuchen, um bei ihnen Überzeugungsarbeit für einen Beitritt zum NPT zu leisten.

Ohne Aussprache nahm der Ausschuß den Kurzbericht über das „Übereinkommen über chemische Waffen" zur Kenntnis. Dieses Übereinkommen – so der Berichterstatter – sei am 29. April 1997 in Kraft getreten, von 169 Nationen unterzeichnet und 70 weiteren ratifiziert worden. Nach hitziger Debatte in den Vereinigten Staaten habe schließlich auch der amerikanische Senat das Übereinkommen am 24. April ratifiziert. Nun stelle sich die Frage, wie die internationale Gemeinschaft mit den Herausforderungen bei der Implementierung des Übereinkommens reagieren und ob Rußland die Vereinbarung auch ratifizieren werde. Ferner müßten die Unterzeichnerstaaten entscheiden, welche Maßnahmen zu treffen seien, um Nichtvertragsstaaten zur Unterzeichnung des Übereinkommens zu bewegen.

Anschließend sprach der Repräsentant von „Interpact Inc." **Winn Schwartau** über Informationskriegsführung. Eingangs definierte der Referent die Informationskriegsführung als Maßnahmen zur Erlangung eines Informationsvorsprungs durch Beeinflussung gegnerischer Informationen, Informationssysteme und Computernetze bei gleichzeitigem Schutz der eigenen Informationen. Gegner seien nicht unbedingt Nationen, sondern auch Gruppen oder Einzelpersonen. Die moderne Informationsgesellschaft basiere darauf, daß weltweit Trillionen von Mark über Netze transferiert würden, überall auch in der Dritten und Vierten Welt Computer in die Wirtschaft und Industrie aber auch private Haushalte Einzug genommen hätten, und schließlich etwa 95 % der militärischen Kommunikation nicht besonders gesichert seien, so daß es eine Verwischung zwischen zivilen und militärischen Bereichen gebe. Dadurch seien die drei Ebenen – Privatsphäre, Industrie- und Wirtschaftssphäre sowie nationale Ebene – für mögliche terroristische Angriffe verwundbar. Das Beispiel der beiden Teenager, die sich erfolgreich in das Pentagon-Informationssystem „gehackt" hätten, habe diese Verwundbarkeit deutlich vor Augen geführt – zudem bedürfe es keiner großen finanziellen Aufwendungen, um in Informationsnetze zu gelangen oder virtuelle Welten zu Hause am Schreibtisch nachzubilden. Die Schwachstellen lägen insbesondere z.B. im Web-Server des Internets und in der Manipulation durch Magnet- oder andere Strahlen, zumal es keine gesetzlichen Regelungen dazu gebe. In den Vereinigten Staaten werde zur Zeit diskutiert, wie auf diese Angriffe reagiert werden könne, und wer wofür zuständig sei, ob FBI oder Verteidigungsministerium, und ob es sich bei der Informationskriegsführung um eine nationale Aufgabe handle und wo die Abgrenzungen lägen. Als Ergebnis dieser Diskussion solle in den USA ein grundlegendes Gesetz verabschiedet werden: „Electronic bill of rights". Zunächst einmal gelte es für die verschiedenen Formen der Informationskriegsführung die Zuständigkeiten festzuzurren zwischen der „task-force" über Informationsstrukturen – einer von Clinton eingesetzten Gruppe –, anderen Behörden, dem Verteidigungsministerium und letztlich auch der NATO.

In der Diskussion fragte **Bruce George** (Vereinigtes Königreich), inwieweit der private Sektor sich dieses Problems angenommen habe. **Schwartau** entgegnete, bedauerlicherweise sei viel Zeit verstrichen, bis man das Problem überhaupt erkannt habe; als er 1990 den Kongreß über die möglichen Probleme informiert habe, sei er noch als Pessimist und exotischer Phantast gebrandmarkt worden, mittlerweile jedoch habe man einsehen müssen, daß seine Vision von damals mittlerweile durchaus Realität geworden sei. Abg. **van Waning** (Niederlande) wollte wissen, inwieweit das US-amerikanische Verteidigungsministerium die Informationskriegsführung in seinen Planungen berücksichtige. **Schwartau** antwortete, dort seien sachliche und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt worden, allerdings lehne das Verteidigungsministerium ab, sich mit der zivilen Verteidigung in diesem Bereich zu beschäftigen, das FBI habe keine Fachleute und auch der „Secret Service" fühle sich nicht zuständig.

Daran anknüpfend legte Berichterstatter **Lord Lyell** (Vereinigtes Königreich) seinen Berichtsentwurf über Informationskriegsführung vor. Ursprünglich sei das Internet vom Pentagon entwickelt worden, um die Kommunikationsfähigkeit auch im Fall eines großangelegten Nuklearangriffs aufrechterhalten zu können. Deshalb sei es schon eine Ironie des Schicksals, daß sich dieses Schlüsselelement der Landesverteidigung als Schwachstelle erwiesen habe. Zur Zeit gingen die Hauptbedrohungen für die IT-Technik von internationaler nachrichtendienstlicher Tätigkeit und Industriespionage sowie Informationsdiebstahl und Terroranschlägen aus; möglich seien auch strategische Zwischenfälle. Deshalb habe das „Defense Science Board" vorgeschlagen, innerhalb der nächsten fünf Jahre etwa drei Milliarden US-Dollar für den Schutz vor Informationskriegsführung aufzuwenden, zumal die USA das am stärksten von IT-Technik abhängige Land sei. Schließlich werde sich der Berichterstatter und der Ausschuß insgesamt weiterhin mit diesem hochaktuellen Thema befassen, um bei den Delegierten ein Bewußtsein für die neue Bedrohung zu schaffen.

Als nächster Redner referierte der stellvertretende Leiter der Abteilung für Verteidigungsunterstützung der NATO, **David Cooper**, über die Herausforderungen für die Verteidigungstechnologie im 21. Jahrhundert. Zunächst führte **Cooper** aus, daß mit dem technologischen Quantensprung – Informationstechnologie, Präzision der Waffen, tödliche Munition und modernste Steuerungssysteme – die Verteidigung revolutioniert worden sei, ja sie entwickle sich indessen schneller als man auf sie reagieren könne. Das führe dazu, daß statt der militärischen Erfordernisse die technologischen Entwicklungen die Beschaffungen bestimmten. Das Alliierte Streitkräftekommando (CJTF) als ein Element der neuen Strategie der NATO setze von den europäischen Bündnispartnern Standardisierung und Interoperabilität mit höchster Priorität voraus. Die in der Vergangenheit übliche parallele Entwicklung von Geräten für militärische Verwendung in den einzelnen europäischen Ländern

sei heute aus finanziellen wie auch aus Gründen der Rüstungsbeschaffung nicht mehr möglich; Europa könne mit den US-amerikanischen Rüstungsgiganten nur dann konkurrieren, wenn es gemeinsam Militärgerät entwickele und baue und nationale Alleingänge vermeide. Schon jetzt hätten US-amerikanische Firmen einen Entwicklungs- und Forschungsvorsprung von fünf bis sechs Jahren und die Haushaltszwänge beiderseits des Atlantiks sollten die Regierungen dazu zwingen, größere Projekte in Form von gemeinsamen NATO-Programmen – z. B. Bodenüberwachung – zu verfolgen. Zahlreiche Beispiele könne er dafür nennen, daß von der Bedarfsmeldung bis zur Beschaffung militärischen Gerätes bis zu zwanzig Jahre vergangen seien; dies dürfe in Zukunft nicht mehr möglich sein. Zunächst müsse eine supranationale Ebene mit entsprechenden Befugnissen geschaffen werden. Denkbar, wenn auch schwer realisierbar sei auch ein völlig neuer Ansatz, beispielsweise einen gemeinsamen Pool von militärischem Gerät einzurichten, aus dem bei Bedarf Rüstungsgüter von den Ländern geleast werden könnten. Anders als in Europa sei der Wandel in der Verteidigungsindustrie in den USA nahezu abgeschlossen; dort gebe es mittlerweile Mega-Unternehmen und es stelle sich die Frage, ob einzelne nationale Rüstungsunternehmen in Europa überhaupt überleben könnten. Abschließend vertrat **Cooper** die Auffassung, daß es sinnvoll und profitabel für Europa sei, eine eigene Verteidigungsindustrie aufrechtzuerhalten, diese jedoch supranational umzugestalten.

Lord **Lyell** (Vereinigtes Königreich) erläuterte in der anschließenden Diskussion, daß die neue britische Regierung die Verteidigungsaufgaben in den kommenden vier Jahren gründlich überprüfen werde. Darauf entgegnete **Cooper**, er hoffe, daß die Überprüfung nicht allein unter finanziellen Aspekten erfolgen werde, auch in der NATO arbeiteten drei Teams an der Überprüfung der Rüstungspolitik im Bündnis. Abg. **Iver** (Russische Föderation) erkundigte sich, ob die Rüstungsprobleme mit der Erweiterung noch größer würden, worauf **Cooper** antwortete, nach Einschätzung aller NATO-Rüstungsexperten werde die Erweiterung nur geringe Auswirkungen haben, natürlich gebe es partiell große Unvereinbarkeiten und Probleme mit der Interoperabilität, diese müßten allerdings langfristig gelöst werden, zumal es ja augenblicklich gar kein Verteidigungserfordernis gebe.

Den Bericht „Anti-Personen-Minen: Technische Fragen" nahm der Ausschuß für Wissenschaft und Technologie ohne Aussprache zur Kenntnis.

Der Ausschußvorsitzende nannte daraufhin die Zukunftsstudie der NAV, die laut dem Beschluß des Ständigen Ausschusses von Island in Angriff genommen werde, als nächsten Diskussionspunkt. Diese Studie werde fachlich von einem Experten – Stan Sloan – begleitet. Zunächst sei jeder Ausschußvorsitzende gehalten, die Themen seines Ausschusses, die im nächsten Jahrhundert relevant und aktuell sein könnten, zu nennen: Für seinen Ausschuß nannte **Boehlert** (Vereinigte Staaten) Informationskrieg, nichttödliche Waffen, Technologie wie transatlantische Technologiekluft und – die Anregungen weiterer Ausschußmitglieder aufgreifend – den internationalen Terrorismus mit biologischen und chemischen Waffen. Gegen Ende der Sitzung nannte der Vorsitzende des Unterausschusses „Proliferation von Waffentechnologie", **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) das Vorhaben des Unterausschusses, Ende September Indien zu bereisen, um direkt mit Parlamentariern vor Ort Informationen über das indische Weltraumprogramm einzuholen und für den Beitritt zum Nichtweiterverbreitungsvertrag (NPT) zu werben.

Ausschuß für Zivile Angelegenheiten

Der Ausschuß für Zivile Angelegenheiten tagte am 29. Mai 1997 unter dem Vorsitz von Abg. **Gian Giacomo Migone** (Italien).

Schwerpunkt der Beratungen des Ausschusses war die Lage auf dem Balkan, insbesondere in Bosnien, und die Situation in Albanien. Daneben behandelte der Ausschuß einen Bericht über die ehemalige jugoslawische Republik Makedonien sowie einen Bericht über das organisierte Verbrechen, die Drogenkriminalität und illegale Migration in der mittel- und osteuropäischen Region. Der Generalbericht des Ausschusses mit dem Titel: „Stabilität auf dem Balkan – eine Rolle für die NATO" wurde von dem niederländischen Abg. **van Eekelen** anstelle des verhinderten französischen Senators Paecht vorgestellt. Abg. **van Eekelen** stellte gleichzeitig seinen eigenen Bericht: „Stabilität auf dem Balkan: Eine Aufgabe für die sich gegenseitig verstärkenden Institutionen" vor.

Basierend auf der Auswertung des Besuches des Ausschusses in Bosnien stellte Abg. van Eekelen fest, daß es eineinhalb Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens von Dayton zwischenzeitlich zwar eine Waffenruhe gebe, das Land jedoch von einem echten Frieden noch weit entfernt sei. Die sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Aufgaben und Verpflichtungen stellten die internationale Staatengemeinschaft vor eine schwierige Situation. Zum einen gehe es darum, die militärischen Kräfte in den Konfliktregionen zu entflechten, zum anderen gelte es jedoch auch, die verfeindeten Parteien wieder zusammenzubringen. Mit den militärischen Operationen unter der Leitung der NATO sei es im Rahmen der IFOR/SFOR-Einsätze gelungen, die wichtigste Aufgabe erfolgreich zu bewältigen, nämlich eine Einstellung der Kämpfe herbeizuführen. Schwieriger sei es jedoch, die im Abkommen von Dayton festgelegten Aufgaben in bezug auf den zivilen Wiederaufbau durchzuführen. Eine verzögerte Einrichtung der notwendigen staatlichen Institutionen, die Unfähigkeit der zerstrittenen Parteien, sich bei der Benennung von Amts- und Funktionsträgern auf einen ethnischen Proporz zu einigen und gemeinsame Institutionen wie eine Zentralbank zu errichten, seien hierbei die Haupthindernisse. Darüber hinaus komme es immer wieder zu gewalttätigen Zwischenfällen, Vertreibungen und Übergriffen durch örtliche Polizeikräfte, die dem ethnischen Haß und der Feindseligkeit neue Nahrung gäben. Das fehlende Mandat („Mandate gap") der internationalen Polizeitruppe oder von SFOR, die Kriegsverbrecher aufzuspüren

und festzunehmen oder bei Auseinandersetzungen bewaffneter Gruppen eingreifen zu können, erschwere die Situation zusätzlich. Abg. **van Eekelen** setzte sich dafür ein, die Mission von SFOR zu verlängern. Anderenfalls würden die Kriegsverbrecher wieder aktiv werden, und ein erneuter Ausbruch von Kampfhandlungen sei nicht zu vermeiden. Ganz entscheidend für weitere Fortschritte in Bosnien sei auch die Anwendung des Prinzips der Konditionalität beim Wiederaufbau und bei der Bereitstellung der notwendigen Gelder. Ohne eine Bereitschaft der Konfliktparteien und der betroffenen Bevölkerung, sich aktiv am Wiederaufbau des eigenen Landes zu beteiligen, könne von der Staatengemeinschaft kein weiteres Engagement erwartet werden. Viel hänge auch von der Durchführung und dem Ergebnis der für September geplanten Kommunalwahlen ab, die ohne den Aufbau freier Medien und eine gesicherte Presse- und Meinungsfreiheit nicht vorstellbar seien. Wenn es jetzt nicht gelinge, der Sicherheitsherausforderung, die sich aufgrund der Lage auf dem Balkan für den gesamten europäischen Kontinent stelle, angemessen entgegenzutreten, drohe in nicht allzu ferner Zeit ein neuer Krieg.

Diese Kernpunkte der Aussagen der beiden Ausschußberichte und die Frage, wie man die Probleme auf dem Balkan in den Griff bekommen könne, wurden in der anschließenden Paneldiskussion aufgegriffen, an der **Prof. Antonio Cassese,** Präsident des Internationalen Kriegsgerichts für das ehemalige Jugoslawien, **Istvan Gyarmati** (Ungarn), der stellvertretende Staatssekretär für Integrationsfragen im Verteidigungsministerium, sowie Dr. **Mary Kaldor,** Dozentin an der Universität Sussex teilnahmen.

Prof. **Cassese** betonte in seinen Ausführungen, wie wichtig es sei, im Hinblick auf eine endgültige Beilegung des Jugoslawienkonfliktes Recht und Gerechtigkeit zur Durchsetzung zu verhelfen. Er verwies darauf, daß nicht nur die internationale Staatengemeinschaft, sondern auch die betroffene Bevölkerung eine Überstellung der Kriegsverbrecher an das Internationale Strafgericht und die Verhängung einer gerechten Strafe forderten. Daß dies bislang noch nicht geschehen sei, sei eines der größten Hindernisse für den Friedensprozeß. Darüber hinaus mehrten sich Anzeichen dafür, daß die Opfer der Kriegsverbrechen die Angelegenheit selbst in die Hände nehmen wollten. Diese Situation könne auch zu einer Gefahr für die SFOR-Truppen werden, die zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen stünden. Gerade um eine solche Situation zu vermeiden, sei das Internationale Strafgericht geschaffen worden. Dieses Gericht sei jedoch bei der Erfüllung seiner Aufgaben sehr stark auf die nationale Hilfe der betroffenen Länder angewiesen. Da dem Gericht keine Durchsetzungsbehörden zur Verfügung stünden, brauche es die Unterstützung durch die staatliche Autorität, denn sonst sei es funktionsunfähig. Cassese betonte, daß die Herbeiführung von Gerechtigkeit nicht nur eine moralische Verpflichtung der Staatengemeinschaft sei, sondern auch ein Gebot der Stunde, um Racheakte zu vermeiden. Aufgabe des Gerichts sei es nicht, eine kollektive Schuld festzustellen, sondern die individuelle Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Bislang sei es nicht möglich gewesen, die Beschuldigten nach Den Haag vor das Gericht zu bringen, was der Glaubwürdigkeit der internationalen Institutionen, auch der des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der diesen Gerichtshof 1993 gegründet habe, Schaden zufüge, denn ein Gericht einzusetzen und es untätig zu lassen, sei schlechter als gar kein Gericht zu schaffen. De facto seien die Kriegsverbrecher sowohl auf militärischer als auch auf politischer Ebene noch an der Macht und dominierten weiterhin das Geschehen, indem sie die ethnische Teilung weiterforcierten, die Rückkehr der Flüchtlinge und das Zustandekommen von Demokratie und einer multi-ethnischen Gesellschaft verhinderten. Auch der wirtschaftliche Wiederaufschwung in Regionen, in denen diese Verbrecher Schlüsselfunktionen innehätten, bliebe aus, weil ausländische Investoren durch eine solche Situation abgeschreckt würden. Er forderte die NATO-Mitgliedstaaten auf, größeren Druck auf die Regierung in Belgrad und auf die Republik Srpska auszuüben. Mit Nachdruck müßte die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Abkommen von Dayton gefordert werden, und die Bereitschaft der Staatengemeinschaft, zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes beizutragen, hiervon abhängig gemacht werden. Es müsse den Kriegstreibern und verantwortlichen Politikern klar gemacht werden, daß sich kein Investor wirtschaftlich engagieren werde in einem Land, das seinen vertraglichen Verpflichtungen ohnehin nicht nachkomme. Der betroffenen Bevölkerung müsse klargemacht werden, warum Investitionen durch die internationalen Finanzinstitutionen an die Erfüllung bestimmter Bedingungen geknüpft seien. **Cassese** bezeichnete es als vordringliches Anliegen der Staatengemeinschaft, die Rechtsstaatlichkeit in Jugoslawien wiederherzustellen und dazu gehöre insbesondere, die angeklagten Kriegsverbrecher an das Gericht zu überstellen, denn andernfalls werde sich die Lage in Bosnien-Herzegowina nicht wieder normalisieren.

Dr. Mary Kaldor, Dozentin an der Universität Sussex und Initiatorin und Mitbegründerin mehrerer internationaler Friedensbewegungen, u.a. des Helsinki Citizen Centers, ging in ihren Erläuterungen zur Lage auf dem Balkan auf den besonderen Hintergrund des Krieges in Bosnien, aber auch auf die derzeitige Lage der dort arbeitenden internationalen Institutionen ein und legte Vorschläge vor, was man verändern müsse, um die Situation insgesamt zu verbessern. Die Konfliktbereitschaft auf dem Balkan sei ein Vermächtnis des Kommunismus, der das Schüren von Nationalismus als Werkzeug zur Durchsetzung seiner eigenen Ziele benutzt habe, aber auch die seit Jahrzehnten schlechte wirtschaftliche Lage habe eine große Rolle bei der Konfliktbereitschaft gespielt. Auffallend sei auch die Symbiose von Extremismus und Kriminalität, die sich bei der bunten Zusammensetzung der Truppen in dieser Auseinandersetzung, die sich zum Teil aus paramilitärischen Einheiten und aus Banden, die aus dem Milieu der Unterwelt und des organisierten Verbrechens hervorgegangen seien, zusammensetzten. Der Balkankrieg sei in weiten Teilen auch ein Krieg gegen die zivile Bevölkerung gewesen. Mehr als dreiviertel der im Krieg

getöteten Menschen seien Zivilisten, und mehr als siebzig Prozent der bosnischen Bevölkerung seien vertrieben worden. **Mary Kaldor** bedauerte ebenso wie ihre Vorredner das fehlende Mandat der SFOR-Truppen, Polizeifunktionen zu übernehmen und Aufgaben einer internationalen Polizeitruppe auszuführen. In bezug auf die Durchführbarkeit der Kommunalwahlen im September dieses Jahres halte sie die Forderung der OSZE, daß die Flüchtlinge am Herkunftsort abstimmen sollten, für eine nahezu undurchsetzbare Forderung. **Mary Kaldor** schlug vor, daß von der internationalen Staatengemeinschaft klare Signale erfolgen sollten, um den beteiligten Konfliktparteien klarzumachen, daß die Integration Bosnien-Herzegowinas nicht nur auf dem Papier gefordert werde. Dayton habe zwar den militärischen Erfolg gebracht, doch in bezug auf den zivilen Bereich seien kaum Fortschritte festzustellen. Hinsichtlich der polizeilichen Aufgaben sei nicht nur die Festnahme der Kriegsverbrecher, sondern auch anderer Krimineller, die in Drogen- und Waffenhandel und in Mord und Raub verwickelt seien, ganz entscheidend, um das Vertrauen der Bevölkerung in einen funktionierenden Staat wiederherzustellen. Wichtig sei auch die Unterstützung der demokratischen Kräfte im Land und die Honorierung eines Engagements zugunsten demokratischer Strukturen. Das Pulverfaß Bosnien-Herzegowina, die Kombination von Kriminalität, Gewaltbereitschaft und Fremdenhaß in einigen Teilen des Landes, müsse unter Kontrolle gestellt werden. Mary Kaldor beschwor die Abgeordneten als Vertreter demokratischer Staaten, den Werten, zu denen sich die demokraktische Staatengemeinschaft bekenne, auch in diesem Teil Europas zur Durchsetzung zu verhelfen.

Anknüpfend an die Erläuterungen des Berichterstatters Abg. van Eekelen forderte Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland), das SFOR-Mandat unbedingt zu verlängern, denn andernfalls drohten eine Katastrophe und ein neuer Bürgerkrieg. Auch die Bereitschaft, privates Kapital in dieser Region zu investieren, werde immer geringer. Schon jetzt sei das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene wirtschaftliche Kapazität nicht sehr groß, denn DM und Dollar sei das bevorzugte Zahlungsmittel, das man, sobald man es in Händen halte, sofort außer Landes bringe, um es dort anzulegen. Abg. **Brigitte Schulte** wies darauf hin, daß bis zum heutigen Zeitpunkt mehr Geld nach Ex-Jugoslawien geflossen sei als durch den Marshallplan nach Deutschland und in die übrigen europäischen Staaten. Trotzdem müßten sich die nationalen Parlamente darüber im klaren sein, daß die Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau immer noch unzureichend seien, gleichzeitig aber verbesserte Aussichten auf einen dauerhaften Frieden ganz entscheidend mit dem wirtschaftlichen Wiederaufschwung verknüpft seien. Der Abzug der SFOR-Truppen zum vereinbarten Zeitpunkt könne zu einer Krise im militärischen Bündnis führen, bei der einzelne Mitglieder unterschiedliche Konfliktparteien wie Kroaten, Serben oder die bosnische Seite unterstützen würden, und damit würde eine Spaltung im Bündnis herbeigeführt. Dies müsse unter allen Umständen vermieden werden, und es müsse den nicht-demokratischen Parteien klargemacht werden, daß Europäer und Amerikaner solange bleiben würden, bis Demokratie und Rechtsstaatlichkeit herrschten. Hinsichtlich des Mandats von SFOR und der internationalen Polizeitruppe unterstrich Abg. **Brigitte Schulte,** daß die Soldaten mit Recht von den Politikern erwarten könnten, daß sie ihre Aufgaben genau definierten. Abg. **Brigitte Schulte** schloß sich der Ansicht von Prof. Cassese an, daß es eine Frage der Glaubwürdigkeit der Staatengemeinschaft sei, die Kriegsverbrecher ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Was für die eigenen Staaten gelte, müsse auch für den gesamten europäischen Kontinent Gültigkeit haben. Ebenso wie man nach dem Zweiten Weltkrieg die Kriegsverbrecher bestraft habe, sei es nun von entscheidender Bedeutung, die für die im Jugoslawienkonflikt begangenen Straftaten verantwortlichen Kriegsverbrecher zu bestrafen, denn anderenfalls könne man zu dem Schluß gelangen, daß Verbrechen mit zweierlei Maß gemessen würden.

Auch andere Redner warnten vor den Folgen eines zu frühen Abzugs der SFOR-Truppen und forderten u. a. das Mandat der internationalen Polizeitruppe genauer zu definieren und den Vereinten Nationen zu empfehlen, eine Koordination bei der Durchsetzung der zivilen Aufgaben zu übernehmen.

Dr. Istvan Gyarmati, der stellvertretende Staatssekretär für Integrationsfragen im ungarischen Verteidigungsministerium, stellte zu Beginn seines Vortrags fest, daß Ungarn sehr besorgt sei über die derzeitige Situation auf dem Balkan, und warnte davor, die Augen vor einer Situation zu verschließen, an deren Zustandekommen alle Konfliktparteien beteiligt seien, denn alle Seiten versuchten, die internationale Staatengemeinschaft loszuwerden, um dort weiterzumachen, wo sie durch Dayton unterbrochen worden seien. Diese Situation bedrohe auch die benachbarten Staaten, und obwohl derzeit keine Kriegsgefahr bestünde, drohe doch ein Übergreifen des Konfliktes auf die benachbarten Regionen. 1998 könne sich mit dem Abzug von SFOR die Lage entscheidend verändern, und die Sicherheit auf dem Balkan drohe zu zerbrechen. Die NATO dürfe bei ihrem Bemühen, einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten, nicht scheitern, denn anderenfalls würde auch der Zusammenhalt zwischen verschiedenen Balkanstaaten und die öffentliche Unterstützung für einen Beitritt dieser Staaten zur NATO schwinden und die Glaubwürdigkeit der NATO in Gefahr geraten. Auch mit allergrößtem Druck könne nicht gewährleistet werden, daß die Forderungen von Dayton bis 1998 umgesetzt werden könnten. Es gehe jetzt vielmehr darum, deutlich zu machen, daß die Staatengemeinschaft solange bleiben werde, wie es notwendig sei. Die Glaubwürdigkeit der Staatengemeinschaft stehe auf dem Spiel, und das Ziel, Bosnien-Herzegowina wieder zu einem multinationalen Staat zu machen und die Kriegsverbrecher ihrer gerechten Strafe zuzuführen, sei kaum zu erreichen. Wichtig sei es auch den Menschen, besonders den jungen Menschen, die nur den Krieg kennen, eine Perspektive zu bieten und ihnen zu zeigen, daß Frieden besser als Krieg sei. Gyarmati betonte abschließend, daß der Konflikt in Bosnien noch nicht

beendet sei; es drohe im Gegenteil die Gefahr, daß er noch viel schlimmer werden könne.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. **Gian Migone** (Italien), stellte fest, daß es die Würde Europas, seine moralische Verpflichtung und seine politische Autorität verlangten, dieses Land nicht sich selbst zu überlassen und bis zum Juni nächsten Jahres alles zu unternehmen, um die Öffentlichkeit vom Sinn und Nutzen einer Verlängerung des SFOR-Mandats zu überzeugen. Bei der Überwindung der Schwierigkeiten, alle Aspekte von Dayton umzusetzen, dürfe man die schwierige Aussöhnung der zerstrittenen Bevölkerung nicht als Hindernis sehen, sondern müsse sie als Voraussetzung für das Funktionieren einer pluralistischen Gesellschaft betrachten. Es gehe darum, weltweit gültigen Werten wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zur Durchsetzung zu verhelfen.

Boris Biancheri, Botschafter im italienischen Außenministerium, befaßte sich in seinen Ausführungen mit der derzeitigen Lage in Albanien und den Aussichten auf eine baldige Lösung der innenpolitischen Krise in diesem Land. Für die Durchführung der Wahlen Ende Juni benötigte das Land die Unterstützung der Staatengemeinschaft, um Recht und Ordnung wiederherstellen zu können. **Biancheri** gab einen kurzen Überblick über die jüngsten Ereignisse in Albanien und deren Hintergründe. Er würdigte den raschen Einsatz der multinationalen Schutztruppe, einer Koalition derjenigen, die bereit waren, sich zu engagieren, und deren Mandat vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen inzwischen bestätigt worden sei. Er führte aus, daß die neue albanische Regierung sich darauf verständigt habe, zum Ende des Monats ein neues Wahlgesetz zu verabschieden, das den freien Zugang zu den Medien gewährleiste. Man habe sich auch darauf verständigt, die sogenannten „Bürgerkomitees" schrittweise zurückzuführen und aufzulösen. Wichtig sei die Wiederherstellung einer funktionierenden Polizei, eines Rechts- und Justizsystems und funktionierender Zollbehörden. Ganz entscheidend seien auch die Durchführung und der Ausgang der geplanten Wahlen, denn ohne freie und faire Wahlen sei eine Rückkehr zu einem normalen Leben in Albanien nicht möglich. Auch wenn das Mandat der multinationalen Schutztruppe im Juni auslaufe, so müsse doch festgestellt werden, daß ohne internationale Hilfe die Situation noch viel schlimmer geworden wäre.

Biancheri betonte, daß die lange Isolierung Albaniens vom internationalen Geschehen und die über fünfzig Jahre dauernde Abschottung den Prozeß der Demokratisierung schwieriger gestalte als anderswo. Dies sei auch ein Hindernis für freie und faire Wahlen. Obwohl es keine ethnische Trennung und keinen Bürgerkrieg im eigentlichen Sinne in Albanien gegeben habe, herrschten Unordnung und Chaos im Land. Mitverantwortlich für diese Lage seien auch die Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung der staatlichen Lotteriegelder und ein schlecht funktionierendes Bankensystem. Hier sei internationale Unterstützung, vor allem durch die Weltbank notwendig.

In diesem Zusammenhang gab Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) zu bedenken, daß es sehr schwer sei, in einem Land, in dem es keine demokratische Tradition gebe, ein Rechtsbewußtsein aufzubauen, insbesondere angesichts einer enorm hohen Kriminalität, deren Vertreter kein Interesse daran hätten, den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen tatenlos hinzunehmen. Wichtig sei es, in der Bevölkerung diejenigen zu motivieren, die sich für die Durchsetzung von Recht und Demokratie einsetzten. Leider sei ihre Zahl noch erschreckend gering.

In einem Sonderbericht über die ehemalige jugoslawische Republik Makedonien und den Prozeß der NATO-Erweiterung legte der makedonische Vertreter Abg. **Nanu Ruzin** dar, welchen langen Weg Makedonien bis zu seiner Unabhängigkeit habe zurücklegen müssen und welche Erfolge das Land seit 1991 aufzuweisen habe. Der Übergangsprozeß des Landes in Richtung auf Privatisierung und freie Marktwirtschaft werde beeinträchtigt durch weggefallene Märkte in den Nachbarstaaten und durch das von Griechenland verhängte Embargo. Trotz unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen sei es dem Land gelungen, ohne ethnische Spannungen zu leben und seinen Minderheiten die Rechte einzuräumen, die ihnen zustünden. In der Bevölkerung gebe es eine starke Unterstützung für einen Beitritt des Landes zur NATO, das angesichts seiner geopolitischen Lage wichtig für die Stabilität der Region insgesamt sei. Makedonien habe umfassende Anstrengungen unternommen, um die Bedingungen für einen Beitritt zu erfüllen. Seine Teilnahme an den PfP-Aktivitäten, die Reform seiner Streitkräfte, die Transparenz der militärischen Ausgaben und verstärkte Beziehungen zur NATO seien Ausdruck für den guten Willen und die Bereitschaft, die geforderten Voraussetzungen zu erfüllen, was in Anbetracht der Tatsache, daß sich das Land im Umbruch befinde, nicht einfach sei.

Der Ausschuß behandelte als letzten Punkt seiner Tagesordnung den Sonderbericht von Abg. **Gyorgy Csoti** (Ungarn) über das organisierte Verbrechen, die Rauschgiftkriminalität und illegale Migration in der mittel- und osteuropäischen Region.

Abg. **Csoti** führte aus, daß die zunehmende Kriminalität in den Staaten Mittel- und Osteuropas nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit großer Besorgnis in den betroffenen Ländern registriert werde. Bemühungen, diese Probleme in den Griff zu bekommen, müßten sich vor allem auf eine vollständige Erfassung der vorhandenen Fakten und eine Verständigung der betroffenen Länder auf gemeinsame Verfahren und Vorgehensweisen zur Bekämpfung der Kriminalität konzentrieren. Auch die Tatsache, daß eine Umstrukturierung der Kriminalität stattgefunden habe und neue Bereiche hinzugekommen seien, wie Fahrzeugdelikte, Drogenhandel, Prostitution, Menschenhandel und Urkundenfälschung, sei hierbei zu berücksichtigen. Besonders besorgniserregend sei aber die Tatsache, daß es kriminellen Vereinigungen gelungen sei, sich durch Korruption und andere Methoden Zutritt zu Wirtschaftskreisen zu verschaffen, und auch, daß es immer mehr Kriminellen gelungen sei, in die gesellschaftliche Elite aufzusteigen. Durch die Privatisierung der Wirtschaft habe

der Staat weniger Kontrollmöglichkeiten, was die Ausbreitung der Kriminalität begünstige. **Csoti** wies darauf hin, daß Transitländer wie Ungarn besonders bevorzugte Zielländer der organisierten Kriminalität geworden seien. Die illegale Migration und der Zuzug von Flüchtlingen und Einwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Rumänien spielten hierbei ebenfalls eine wichtige Rolle. Er forderte stärkere Kontrollen an den östlichen und südlichen Außengrenzen der Mitgliedstaaten des Schengener Abkommens. Durch Vorkontrollen seien auch die Grenzen innerhalb der Mitgliedstaaten des Schengener Abkommens leichter kontrollierbar. Wichtig sei jedoch vor allem die Verständigung auf ein gemeinsames Konzept und gemeinsame Vorstellungen, wie man die Kriminalität bekämpfen könne. Eine verstärkte Zusammenarbeit von Polizei- und Justizbehörden sei unerläßlich, ebenso wie eine Stärkung von Europol, auch in finanzieller Hinsicht. Organisierte Kriminalität und illegale Einwanderung würden immer mehr zu einer Schlüsselfrage der Stabilität für Mittel- und Osteuropa, die eine dringende Behandlung erfordere.

Abg. **Verena Wohlleben** (Bundesrepublik Deutschland) wies daraufhin, daß zur Bekämpfung der Kriminalität nur eine internationale Vorgehensweise sinnvoll sei, daß gleichzeitig aber auch die Ursachen für die steigende Kriminalität untersucht werden müßten. Armut und Arbeitslosigkeit, speziell auch unter den Jugendlichen, spielten hierbei eine Rolle. Sie forderte umfassendere Informationen und Untersuchungen über den Stand der Korruption in den einzelnen Ländern, um einen Überblick zu erhalten, wie weit die Korruption bereits vorgedrungen sei.

Der Ausschuß beschloß zum Abschluß seiner Beratungen, eine Erkundungsreise in die Türkei durchzuführen, um sich ein Bild über die Lage nach der Invasion der türkischen Armee in kurdische Gebiete in Nordirak und über die Lage der Menschenrechte in der Türkei insgesamt zu verschaffen.

Sondergruppe Mittelmeerfragen

Die Sondergruppe Mittelmeerfragen tagte am 30. Mai 1997 unter dem Vorsitz von Abg. **Bruce George** (Vereinigtes Königreich).

Ausschließlicher Beratungsgegenstand der Sondergruppe war der Bericht des spanischen Abg. **Pedro Moya** über die Rolle der NATO im Mittelmeerraum und der dazugehörige Informationsbericht über die Weiterverfolgung der Friedensbemühungen im Nahen Osten.

Der Berichterstatter legte einleitend dar, daß das strategische Gleichgewicht der NATO durch Risikofaktoren im Mittelmeerraum, wie die Migrationsströme aus dieser Region, die politische und soziale Instabilität in einigen dieser Staaten, Terroranschläge extremistischer Terrorgruppen und Bürgerunruhen, die auch auf Europa Auswirkungen haben könnten, bedroht werden könne. Auch das Problem der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen chemischer, bakteriologischer und nuklearer Art gehöre zu diesen Risiken.

Die Bedrohung sei nicht zwangsläufig gegen den Norden gerichtet; in vielen Fällen richte sie sich gegen andere Länder der Region, so daß man auch von einer Süd-Süd-Bedrohung sprechen könne. Der Schwerpunkt der Bemühungen um eine Lösung der verschiedenen Probleme des Mittelmeerraums müsse auf einer Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Verhältnisse in diesen Staaten sowie auf verstärkte Beziehungen der NATO-Mitgliedstaaten zu den Mittelmeerstaaten gelegt werden. Mit dem Abbau von Spannungen in dieser Region verbinde sich auch die Möglichkeit, Abrüstungsmaßnahmen und den Barcelona-Prozeß weiterfortzuführen.

Angesichts der Vielzahl der Probleme im Mittelmeerraum stelle sich die dringende Frage, wie die NATO auf alle diese Situationen reagieren könne. Dabei sei zu unterscheiden zwischen der Rolle und den Aufgaben, welche die NATO hierbei übernehmen könne und zwischen den Aufgaben und Zuständigkeiten, die eher in den Bereich der EU und z. B. des Barcelona-Prozesses fielen. Sicherlich sei die NATO primär dazu geeignet, auf Aufgabenstellungen militärischer Art, wie im Rahmen des Balkan-Konflikts und bei der Eindämmung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu reagieren. Hier habe sie bereits etliche Erfolge aufzuweisen. Dennoch sei allen Mitgliedstaaten klar, daß weitere Anstrengungen unerläßlich seien.

Die zukünftigen Erfordernisse der europäischen Sicherheit, besonders im Balkan und in der Mittelmeerregion, würden voraussichtlich weniger ein ausschließlich militärisches Engagement erfordern, sondern eher Operationen, bei denen natürlich der militärische Aspekt eine wichtige Rolle spiele – auch im Hinblick auf die Abschreckung von Aggression und die Förderung der Rüstungskontrolle –, die aber vor allem mit dem Ziel durchgeführt würden, langfristig den zivilen Wiederaufbau, die Wiederherstellung von Infrastrukturen, die Sicherheit bei Wahlen, humanitäre Hilfe, Rückführung von Flüchtlingen und die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen.

Natürlich sei ein differenziertes Vorgehen erforderlich, bei dem das Militärische im Hintergrund und das Bemühen um eine Verhandlungslösung im Vordergrund stehen müsse. Dabei müßten Maßnahmen zur Friedenswiederherstellung in enger Absprache mit den zivilen Stellen erfolgen.

Abg. **Pedro Moya** ging auch auf den Dialog mit den Maghreb-Staaten ein und forderte, diesem Dialog mehr Bedeutung beizumessen und ihn nicht als einen rein diplomatischen Dialog zu betrachten. Die Glaubwürdigkeit des Dialogs zwischen dem Bündnis und den Mittelmeerstaaten könne dadurch verbessert werden, daß Vorbehalte und Mißtrauen der Staaten der südlichen Region in bezug auf die Absichten des Bündnisses ausgeräumt und abgebaut würden. Dies könne durch Transparenz und Maßnahmen der militärischen Zusammenarbeit geschehen. Bestimmte Elemente des Programms Partnerschaft für Frieden (PfP) könnten auch für die Zusammenarbeit

mit den Staaten der südlichen Mittelmeerregion herangezogen werden.

Zusammenfassend sei festzuhalten, daß weitere Anstrengungen auf seiten des Bündnisses erforderlich seien, um alle Unklarheiten in seiner Mittelmeerpolitik, die in den südlichen Ländern als ein Widerspruch zwischen dem eingeleiteten Dialog und anderen bedrohlich erscheinenden Maßnahmen wahrgenommen werde, zu beseitigen. Daher sei es wichtig, dem Dialog konkreten Inhalt zu geben, wobei Maßnahmen der militärischen Transparenz Priorität eingeräumt werden solle. Bei der Planung seiner operationellen Szenarien, bei Missionen der Friedenserhaltung und -wiederherstellung sowie bei Maßnahmen der zivilen Unterstützung und Wiederherstellung der inneren Ordnung sollten nicht nur die PfP-Staaten miteinbezogen werden, sondern auch die Mittelmeerstaaten, die sich an solchen Einsätzen beteiligen wollten.

Unter Hinweis auf die Beratungen des Verteidigungsausschusses unterstrich Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland), daß die Lage in Bosnien-Herzegowina drohe, sich zuzuspitzen und eine Gefahr für die Mittelmeerregion zu werden. Es sei erkennbar, daß die USA kein weiteres Engagement ihrer Truppen in Ex-Jugoslawien anstrebten, andererseits seien die Europäer aber noch nicht so weit, daß sie dieses Engagement der USA übernehmen könnten. Ein neuer Bürgerkrieg drohe, wenn sich die USA mit Beendigung des SFOR-Mandats zurückziehen würden. Ein solcher Krieg berge die Gefahr, die NATO-Staaten zu teilen.

Bei der Krise in Albanien habe es weder ein gemeinsames Vorgehen der EU noch der NATO gegeben. Es müsse gelingen, in Albanien und auch in Bosnien-Herzegowina rechtsstaatliche Strukturen durchzusetzen und noch stärker zu betonen, daß Europäer und Amerikaner gemeinsam involviert seien. Der Beschluß, keine US-Truppen nach Ablauf des SFOR-Mandats in Bosnien-Herzegowina zu lassen, werde dazu führen, daß das Bündnis im nächsten Jahr auf die Probe gestellt werde. Abg. **Brigitte Schulte** forderte, in Zukunft noch deutlicher als bisher zum Ausdruck zu bringen, daß die NATO bei allen Krisen zusammenarbeiten und gemeinsame Schritte ergreifen werde, sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde u.a. die Frage eines gemeinsamen europäischen Raketenabwehrsystems angesprochen ebenso wie die erschreckende Zunahme des illegalen Waffenbesitzes und des organisierten Verbrechens in Albanien, wobei von einigen Teilnehmern ein Engagement der NATO in Albanien, z.B. bei der Entwaffnung der Bevölkerung vor den geplanten Wahlen gefordert wurde. Auch die griechisch-türkische Krise erfordere verstärkten politischen Druck durch die NATO-Staaten.

Der Berichterstatter wies abschließend darauf hin, daß der Bericht auf der Jahrestagung in Bukarest zur Verabschiedung vorgelegt werden solle, nachdem die in diesem Kreise angeregten Ergänzungen berücksichtigt worden seien.

Der Ausschußvorsitzende **Bruce George** informierte die Mitglieder des Ausschusses, daß im Rahmen der künftigen Aktivitäten der Mittelmeergruppe auch ein Seminar in Ägypten geplant sei, und daß der Ausschuß wie alle anderen Ausschüsse der NAV aufgefordert worden sei, einen Beitrag zu der von US-Senator Roth angeregten Studie über die NATO im 21. Jahrhundert zu leisten.

Plenarsitzung

Die Plenarsitzung der Nordatlantischen Versammlung fand am 1. Juni 1997 unter Vorsitz des Präsidenten, Senator **William V. Roth,** statt. Der Präsident informierte die Versammlung darüber, daß der Ständige Ausschuß am 31. Mai 1997 den bisherigen stellvertretenden Generalsekretär der NAV, Simon Lunn, zum Generalsekretär der Versammlung gewählt habe.

Als erster Gastredner wandte sich der Premierminister des Gastlandes Luxemburg, **Jean-Claude Juncker,** an die Delegierten. Der Premierminister hob hervor, daß die soeben in Paris unterzeichnete NATO-Rußland Grundakte eine neue Ära des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen den beiden Vertragspartnern signalisiere. Der Preis für den Frieden, der in den letzten 50 Jahren in Europa geherrscht habe, sei die Teilung Europas und die Unfreiheit in den osteuropäischen Staaten gewesen. Nach dem Ende des Kalten Krieges sei die Nordatlantische Allianz nun gefordert, Stabilität in den Osten Europas zu transferieren und einen neuen, ungeteilten Kontinent Europa zu bilden. Für die Länder Mittel- und Osteuropas sei die Aufnahme in den Europarat und die Umsetzung von Demokratie und Menschenrechten von zentraler Bedeutung gewesen. Für außenpolitische Stabilität und Sicherheit hätte das Programm der Partnerschaft für den Frieden, der NATO-Kooperationsrat und der beständige Dialog zwischen der WEU und den Staaten Mittel- und Osteuropas beigetragen. Der soeben gegründete Euro-Atlantische Partnerschaftsrat werde ein ideales Forum darstellen, um zukünftig sicherheitsrelevante Entwicklungen zu diskutieren. Die Erweiterung der NATO sei die Antwort dieser Organisation auf die strategischen Veränderungen, welche auf dem europäischen Kontinent stattgefunden hätten und signalisiere, daß die NATO die neue europäische Sicherheitsarchitektur aktiv gestalten werde. Dabei handele es sich bei der Erweiterung um einen dynamischen Prozeß mit offenem Ende. Indem die Nordatlantische Allianz sich für neue Mitglieder und neue Aufgaben öffne, werde sie weiterhin die Basis für Solidarität und Demokratie bleiben.

Der luxemburgische Verteidigungsminister, **Alex Bodry,** betonte in seiner Ansprache, daß es in Luxemburg immer einhellige Unterstützung für die Bemühungen der Nordatlantischen Allianz um Sicherheit und Stabilität in Europa gegeben habe und daß Luxemburg auch weiterhin einen solidarischen Beitrag zu den Anstrengungen der Allianz leisten möchte. Da der erforderliche Beitrag aufgrund der Entwicklung des strategischen Konzeptes der NATO nunmehr ein anderer sei, werde die luxemburgische

Armee derzeit restrukturiert, um die nicht Artikel 5 betreffenden friedenswahrenden internationalen Missionen der NATO effektiver unterstützen zu können. In diesem Zusammenhang sei insbesondere die stärkere Professionalisierung der luxemburgischen Streitkräfte zu nennen sowie die Weiterentwicklung der Ausrüstung der Friedenstruppen. Auf diese Weise sei gewährleistet, daß der Beitrag Luxemburgs zu den NATO-Missionen keineswegs ein rein symbolischer sei.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Abschluß der EU-Regierungskonferenz befürwortete der Verteidigungsminister die interne Reform der NATO, welche die Bildung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb des Bündnisses erleichtern würde. Abschließend wies der Verteidigungsminister auf die kontinuierliche Teilnahme Luxemburgs an den Missionen von UNPROFOR, IFOR und SFOR in Bosnien hin. Er betonte die weiterhin unersetzliche Rolle von SFOR in Bosnien-Herzegowina. Für einen dauerhaften Frieden in der Region sei es jedoch unerläßlich, daß sich SFOR noch stärker bei dem Wiederaufbau der Infrastruktur und der zivilen Einrichtungen in Bosnien engagiere. Über ihren unmittelbaren Auftrag hinaus sei SFOR aufgrund der aktiven Beteiligung zahlreicher mittel- und osteuropäischer Staaten sowie insbesondere Rußlands ein Spiegel der künftigen Sicherheitslandschaft in Europa.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm die Versammlung einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung an, welcher vom Leiter der deutschen Delegation, Abg. Klaus Francke, eingebracht worden war. Diesem Antrag entsprechend müssen die Berichts- und Resolutionsentwürfe den nationalen Delegationen vier bzw. drei Wochen vor den Tagungen der Versammlung zugestellt werden.

Europa stehe derzeit vor historischen Herausforderungen und biete große Optionen, so der Oberste Alliierte Befehlshaber Europa, General **George A. Joulwan** in seiner Ansprache vor den Delegierten. So bestehe nunmehr die Möglichkeit, frühere Gegner in neuen Organisationen zu vereinigen und den Frieden des letzten halben Jahrhunderts für zukünftige Generationen zu sichern. Dabei bleibe die Welt weiterhin ein gefahrenvoller Ort. Ethnische Spannungen, Terrorismus und Massenvernichtungswaffen stellten eine immer größere Bedrohung der Menschheit dar. Die NATO habe und werde hart daran arbeiten, den wechselnden Anforderungen einer neuen Sicherheitsarchitektur gerecht zu werden. Bisher sei es der NATO gelungen, mit den sich ändernden Zielen und Aufträgen Schritt zu halten. Die bereits erfolgten Reformen und Kürzungen seien angesichts der enormen Veränderungen nach dem Ende des Kalten Krieges erforderlich gewesen. Die NATO-Nationen müßten jedoch fortfahren, die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen, damit die Errungenschaften der letzten 50 Jahre nicht preisgegeben würden. Die NATO sei, so betonte der General, heute genauso wichtig wie in der Vergangenheit. Neben der Initiierung politischer und militärischer Initiativen wie CJTF und PfP sowie verschiedener interner Umstrukturierungen zur Verbesserung der Effektivität, sei insbesondere die erfolgreiche Etablierung einer Beziehung zu Rußland hervorzuheben. In Bosnien würden derzeit russische, US-amerikanische und europäische Soldaten Vertrauen und Sicherheit im Umgang miteinander aufbauen. Als besonders erfreulich empfinde er das Vertrauen, welches sich zwischen Rußland und dem Westen entwickle. Dieser auf der Zusammenarbeit und dem gegenseitigen Respekt basierende Dialog bilde die Grundlage für die neuen Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen und müsse von beiden Seiten gefördert werden.

Zur Lage in Bosnien stellte der General fest, daß die IFOR-Operation „Joint Endeavor" alle militärischen Aufgaben erfüllt habe, daß es jedoch weiterer großer Bemühungen auf der zivilen Seite bedürfe, um dauerhaften Frieden zu sichern. Die IFOR- und SFOR-Missionen hätten eine sichere Umgebung für den Prozeß des Aufbaus der zivilen Institutionen auf dem Weg zu Frieden und Zusammenhalt geschaffen. Zur Verwirklichung dieser Ziele benötige die SFOR-Mission jedoch fortwährende Unterstützung, ein einheitliches Kommando sowie eine klare Zwecksetzung („One team with one mission"). Abschließend stellte General Joulwan fest, daß die strategische Vision der NATO ein neues Europa sei und daß die NATO bereit sei, sich für die Erfüllung dieses Ziels soweit erforderlich intern und extern anzupassen.

Im Rückblick auf die im Jahre 1996 in Bosnien abgehaltenen Wahlen wollte der britische Abg. **Cook** wissen, ob auch bei den bevorstehenden Kommunalwahlen militärischer Schutz vonnöten sein würde. General **Joulwan** betonte, daß die IFOR-Truppen die OSZE während der vergangenen Wahlen sehr unterstützt hätten und bat die Mitglieder der Versammlung eindringlich darum, Botschafter Frowick, dem Leiter der OSZE-Mission in Bosnien, die für die bevorstehenden Wahlen dringend benötigte finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. In diesem Zusammenhang begrüßte der General den stärkeren Druck, welchen die Außenminister seit kurzem auf die bosnischen Parteien ausübten. Es gelte, die Gefahr des Wiederaufflammens des Krieges zu bekämpfen. Hierzu sei der Aufbau einer Polizeiakademie dringend erforderlich, um schnell die benötigte Anzahl von Polizeioffizieren auszubilden.

Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland), dankte für alles, was US-Streitkräfte für die Freiheit in Europa und in Deutschland geleistet hätten. Nach allem was die NATO für Deutschland getan habe, sei es wichtig, daß die NATO nun in Bosnien helfe. Da Demokratie erlernt werden müsse und da dies ein durchaus langwieriger Prozeß sein könne, sei sie der Auffassung, daß die NATO einschließlich der US-Bodentruppen länger als bis zum Juni 1998 in Bosnien bleiben sollten. General **Joulwan** erklärte hierzu, daß die Entscheidung, die SFOR-Truppen im Juni 1998 aus Bosnien abzuziehen, nicht eine US-amerikanische sondern eine NATO-Entscheidung sei. Der Auftrag der SFOR-Mission ende im Juni 1998. Wichtig sei, daß die Zeit bis dahin effektiv genutzt werde und daß die bestmöglichen Bedingungen für eine stabile politische Lage geschaffen würden. Sollte jedoch gleichwohl eine neue Mission ins Leben geru-

fen werden, so würde es auch eine neue militärische Präsenz geben.

Der Präsident der Versammlung, Senator **William V. Roth,** dankte den Gastrednern für die eindrucksvollen und interessanten Einsichten und Erfahrungsberichte, welche ein gutes Fundament für die bevorstehende parlamentarische Debatte zum Thema „NATO nach dem Madrider Gipfel" geliefert hätten. Auf dem bevorstehenden NATO-Gipfel sei die Erweiterung der Allianz nicht länger eine Frage des „ob" und „wann", sondern vielmehr des „wer" und „wie". Angesichts der Spekulationen im Hinblick auf die Frage, welche Demokratien zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen eingeladen würden, bekräftigte der Präsident seine Position, daß zumindest Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und Slowenien zu Beitrittsverhandlungen eingeladen werden sollten. Diese vier Nationen hätten die deutlichsten Fortschritte in den für einen NATO-Beitritt entscheidenden Bereichen der Menschenrechte, der demokratischen Selbstverwaltung, der marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaft und der Rechtsstaatlichkeit gemacht. Neben der Entscheidung über die Teilnehmer der ersten Erweiterungsrunde stehe aber die ebenso bedeutende Frage danach, wie der Prozeß der NATO-Erweiterung durch die Allianz fortgeführt werden solle. Denke man über die NATO nach dem Madrider Gipfel nach, so stellten sich seiner Ansicht nach vier Herausforderungen: Erstens müsse sichergestellt werden, daß die NATO-Erweiterung als ein fortwährender Prozeß behandelt werde. Die Beteuerungen, daß die NATO für alle europäischen Demokratien offen sei, müßten glaubwürdig sein. Zweitens müsse sichergestellt werden, daß die NATO-Erweiterung die Sicherheit aller europäischen Nationen verbessere. Um diesem Ziel gerecht zu werden, sollte die Allianz in Madrid bekräftigen, daß die politische Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa von vitalem Interesse für die europäische Sicherheit und den Frieden seien. Als dritte Herausforderung gelte es die NATO-Rußland Grundakte umzusetzen. Bei diesem Vertrag handele es sich um einen historischen Schritt in Richtung auf eine dauerhafte, von Kooperation und Transparenz geprägte partnerschaftliche Beziehung zwischen Rußland und der NATO. Der Präsident teilte mit, daß er angesichts der ausdrücklichen Forderung der Grundakte nach einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen der Nordatlantischen Versammlung und dem Russischen Parlament den Schatzmeister Sir Geoffrey Johnson Smith und den Vizepräsidenten Rafael Estrella beauftragt habe, Wege zu einer vertieften Zusammenarbeit mit den russischen Kollegen aufzuzeigen. Die vierte und letzte Herausforderung bestehe schließlich darin, sich dem Problem der Kosten der NATO-Erweiterung in einer offenen, fairen und entschlossenen Diskussion zu stellen. Diese Kosten müßten bestimmt werden und da dies bisher noch nicht geschehen sei, schlage er vor, daß die Allianz die Frage der Kostenteilung auf die Tagesordnung des Madrider Gipfeltreffens setze. Indem die Allianz sich diesem Thema öffentlich zuwende, helfe sie sowohl den Mitgliedstaaten als auch den Bewerbern dabei, sich psychologisch, politisch und finanziell auf die NATO-Erweiterung vorzubereiten. Die Frage, wie die Kosten der NATO-Erweiterung aufzuteilen seien, werde von großer Bedeutung in den Ratifikationsdebatten der Mitgliedsparlamente sein. Die Frage der Lastenverteilung müsse daher baldmöglichst geregelt werden. Andernfalls befürchte er, so der Präsident, daß sie sich als Achillesferse nicht nur der NATO-Erweiterung sondern der Allianz als solcher erweisen könnte.

Abschließend stellte der Präsident seine Initiative zur Studie „NATO im 21. Jahrhundert" vor. Mit diesem Projekt sollten die Schwierigkeiten und Chancen benannt werden, welche sich der Allianz in den kommenden Dekaden stellen könnten. Vor diesem Hintergrund solle geprüft werden, wie die Kapazitäten und Ziele der Allianz weiterentwickelt werden könnten. Nur eine aktive Weiterentwicklung der NATO als der erfolgreichsten Sicherheitsallianz der Welt könne sicherstellen, daß diese Organisation im 21. Jahrhundert ähnlich erfolgreich bleibe, wie sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewesen sei.

Zu Beginn der sich anschließenden Debatte, an der sich 25 Parlamentarier beteiligten, sprach der Leiter der luxemburgischen Delegation, **Mars di Bartolomeo.** Er bekräftigte, daß Luxemburg ungeachtet seiner geringen territorialen Ausdehnung bereit sei, einen echten Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit zu leisten. Der Begriff der gemeinsamen Sicherheit werde sich mit der Aufnahme neuer Mitglieder verändern. Er sollte nicht mehr nur ausschließlich militärisch sondern eher multidisziplinär unter Einbeziehung wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Komponenten verstanden werden. Vizepräsident **Estrella** (Spanien) betonte, daß die Allianz auch nach ihrer Erweiterung nicht als Bündnis gegen eine Bedrohung gedacht sei, sondern ein Mittel zur Prävention von Konflikten darstelle. Dies sei soeben durch die Unterzeichnung der NATO-Rußland Grundakte in Paris bestätigt worden. Als eine erste parlamentarische Initiative auf der Grundlage der Pariser Vereinbarung habe der Verteidigungsausschuß beschlossen, einen Bericht über den Zustand der russischen Streitkräfte unter Mitarbeit von Vladimir Volkov (Russische Föderation) als Ko-Berichterstatter zu erstellen.

Anschließend wandte sich der Leiter der deutschen Delegation, Abg. **Klaus Francke** mit folgenden Worten an die Versammlung: „Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir haben uns lange Zeit auf die Frage, ob und warum wir die NATO öffnen wollen, konzentriert und werden sie mit dem Madrider Gipfel nun endlich hinter uns lassen. Ich persönlich hoffe, daß die Madrider Entscheidungen so ausfallen, daß eine neue, geschlossene Südostflanke der Allianz entsteht. Sonst gewinnt die folgende Frage noch mehr an Schärfe, die meines Erachtens die wichtigste ist, die sich uns heute stellt: Was bieten wir denjenigen an, die in der ersten Runde der Neuaufnahmen nicht berücksichtigt werden? Es ist dringend erforderlich, daß wir auch diesen Staaten eine Perspektive bieten. Sonst könnten die Enttäuschung und der Schock über die Zurückweisung den Reformprozeß in diesen Staaten gefährden und sie in ihrer bislang recht erfreulich verlaufenden Entwick-

lung zurückwerfen. Wir müssen auch weiterhin Anreize dafür bieten, daß die in sich wertvollen Kriterien für die Mitgliedschaft in der Allianz weiter angestrebt werden.

Eine der besten Möglichkeiten, Enttäuschung und Entfremdung zu verhindern, wäre meines Erachtens der Ausbau des PfP und des Euro-Atlantischen Rates. PfP muß entsprechend den individuellen Bedürfnissen jedes Partnerstaates weiterentwickelt werden. Wir sollten alle unsere Regierungen dazu drängen, darüber hinaus die Entwicklung anderer Instrumente und Methoden der weiteren Integration zu verfolgen. Dies muß im intensiven Dialog aller Partner miteinander geschehen: die mittel-, südost- und osteuropäischen Partner müssen in den Informations- und Entscheidungsprozeß intensiv einbezogen werden. Diese Vorschläge dürfen nicht als Kompensation für eine NATO-Mitgliedschaft gesehen werden. Sie dienen vielmehr dem gemeinsamen Ziel einer engeren sicherheitspolitischen Kooperation im gesamten Europa und sind im Interesse aller.

Lassen Sie mich ein Zweites anmerken: Ich bin sehr froh, daß die Vereinbarung zwischen der NATO und Rußland zustandegekommen ist, und ich möchte ausdrücklich NATO-Generalsekretär Solana für seine geschickte und erfolgreiche Verhandlungsführung danken. Die Vereinbarung hat für uns, die Mitglieder der NAV, eine ganz besondere Bedeutung. Es ist das erste Mal, daß der NAV in einem zwischenstaatlichen Dokument eine aktive politische Rolle zugewiesen wird.

Dies erfordert nicht nur unsere besondere Aufmerksamkeit, sondern auch eine Anpassung unserer bisherigen Arbeitsweise an die neuen Gegebenheiten. Es ist notwendig, daß wir uns bei unserer Arbeit auf die Umsetzung der Vereinbarung konzentrieren. Ich möchte aber auch davor warnen, die Vereinbarung überzubewerten: Wichtig ist, daß sie die Bereitschaft der NATO dokumentiert, Rußland in europäische Sicherheitsfragen einzubeziehen, ohne ihm in NATO-Angelegenheiten ein Vetorecht einzuräumen. Nun sollten wir uns nicht länger darauf konzentrieren, Rußlands Einverständnis zu erhalten. Wir sind Rußland weit entgegengekommen, jetzt könnten wir auch von Rußland Entgegenkommen erwarten.

Für die Allianz ist nun die Zeit gekommen, sich wieder stärker auf andere Fragen zu besinnen: Sie muß ihre speziellen Beziehungen zur Ukraine weiter ausbauen und sie in ihren Bemühungen, ein souveräner, unabhängiger Staat in Europa zu sein, unterstützen; sie muß ihre inneren Reformen erfolgreich weiter vorantreiben, um so ihre Handlungsfähigkeit für die Zukunft abzusichern, und sie sollte auch ihre Beziehungen zu den Ländern der Mittelmeerregion intensiver pflegen.

Abschließend möchte ich noch auf ein anderes, grundsätzliches Anliegen verweisen: die Bewahrung und Stärkung der transatlantischen Beziehungen. Ihre Tiefe haben Frieden und Wohlstand im Nachkriegseuropa über Jahrzehnte garantiert. Nach den fundamentalen Änderungen in der politischen Landschaft Europas kann diese Tiefe nicht mehr selbstverständlich vorausgesetzt werden. Beide, Europäer und Amerikaner, müssen zusätzliche Anstrengungen unternehmen, die euro-atlantischen Beziehungen zu stärken. Wir müssen auf der Grundlage eines intensiven Dialogs über beide betreffende Fragen eine effiziente Arbeitsteilung dort entwickeln, wo dies sinnvoll und notwendig erscheint. Damit wird auch die Handlungsfähigkeit der Allianz langfristig gesichert. Vielen Dank".

Der Delegierte **Ozerov** (Russischer Föderationsrat) stellte fest, daß Rußland der NATO-Erweiterung weiterhin ablehnend gegenüberstehe. An dieser grundsätzlichen Haltung ändere auch die NATO-Rußland Grundakte nichts. Die westlichen Staaten verstünden die Bedeutung der Erweiterungsentscheidung nicht, welche die fruchtbare Atmosphäre nach der Beendigung des Kalten Krieges verdorben habe. Auch nach der Erweiterung bleibe die NATO eine militärische Allianz, welche nur gegen einen Gegner gerichtet sein könne. Dies könne doch wohl nur Rußland sein. Es sei daher nur natürlich, daß Rußland auf diese Entscheidung reagieren müsse. Die Konsequenzen der Erweiterungsentscheidung würden die Konstellationen auf dem europäischen Kontinent auf Jahrzehnte hinaus beeinflussen.

Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) wandte sich mit folgenden Worten an die Versammlung:

„Im Namen der anwesenden deutschen Delegationsmitglieder möchte ich der luxemburgischen Delegation sehr herzlich für ihre Gastfreundschaft danken. Ich bewundere es, wie das luxemburgische Parlament mit einer so großen internationalen Parlamentarierversammlung umgeht.

Meine Damen und Herren, in der heutigen Debatte haben wir die Gelegenheit, über die Chancen und Gefährdungen für die NATO und die Zukunft Europas nachzudenken.

Ich teile die Freude darüber, daß Parlamentarier aus NATO-Staaten und 15 assoziierten Ländern miteinander diskutieren. Die Erweiterung der NATO wird in den westlichen Gesellschaften – Herr Kollege Ozerov – positiv aufgenommen werden, weil niemand auf die Idee kommt, daß hier ein neuer Schutzwall gegenüber der russischen Föderation, Belarus oder der Ukraine errichtet werden soll. Wir möchten mit Ihnen zusammenarbeiten und mit Ihnen zusammen Sicherheit und Frieden in Europa erhalten.

Leider ist die Menschheit in ihrer Entwicklung aber noch nicht soweit vorangeschritten, daß sie auf militärischen Schutz verzichten kann. Die NATO hat seit 1949 den parlamentarischen Demokratien Europas – dank der Garantien der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada – Schutz geboten. Eine gemeinsame Militärplanung erlaubt es, daß seit 1975 Schritt für Schritt zusammen mit den Ländern des früheren Warschauer Paktes Rüstungskontrolle und Abrüstung ermöglicht wurden.

Das hat unsere öffentlichen Haushalte entlastet und die Verteidigungsaufgaben verringert.

Gerade für uns Deutsche war es von großem Wert, denn auf dem Gebiet der beiden damals bestehen-

den deutschen Staaten waren soviel Waffen und Soldaten stationiert wie in keinem anderen Teil der Welt.

Heute befinden wir uns in der glücklichen Lage, partnerschaftlich mit den Staaten Mittel- und Osteuropas zusammenarbeiten zu können. Wir hegen keine feindseligen Gefühle gegeneinander. General Joulwan hat hier heute morgen beschrieben, wieviel Wert auch die Soldaten auf die Zusammenarbeit gerade mit dem russischen Militär legen.

Und da möchte ich mich noch einmal an die russischen Kolleginnen und Kollegen wenden: Gerade die Einbindung Polens und Ungarns oder anderer mitteleuropäischer Staaten in das NATO-Bündnis erhöht doch Ihre eigene Sicherheit, denn neue Mitglieder müssen sich verpflichten, die Grenzen anderer Staaten anzuerkennen. Sie erreichen damit im Westen der russischen Föderation mehr Sicherheit und Berechenbarkeit und müssen nicht soviel Geld für die Verteidigung ausgeben. Die Gefahren für unser Bündnis, aber auch für unsere befreundeten Nachbarn außerhalb des Bündnisses, kommen aus anderen Regionen. Zur Zeit sind es das ehemalige Jugoslawien und Albanien. Hier müssen wir gemeinsam helfen, den Rechtsstaat und die Demokratie durchzusetzen. Nicht der Krieg, sondern der Frieden ist für uns alle zum Ernstfall geworden. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die international wachsende Kriminalität erschüttern unsere Gesellschaft. Auch damit haben wir fertigzuwerden."

Der Abg. **Zalets** (Ukraine) äußerte sich besorgt über die Stellungnahme des russischen Kollegen zur ablehnenden Haltung Rußlands gegenüber einer Mitgliedschaft früherer Sowjetrepubliken in der NATO. Jeder Staat, so der ukrainische Abgeordnete, solle frei entscheiden können, wie er seine Sicherheit gewährleisten wolle. Als Bekräftigung dieser Forderung sollten die Türen der NATO auch nach dem Madrider Gipfel offen gehalten werden. Von besonderer Wichtigkeit sei es, den Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Ukraine bemühe sich derzeit, sämtliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten auf eine rechtliche Grundlage zu stellen. Sicherheit und Zusammenarbeit sollten durch vertrauensbildende Maßnahmen gefördert werden. Der Schwarzmeerraum sollte in eine Zone des Friedens und der Stabilität verwandelt werden.

Der Delegierte **Boskholov** (Russische Staatsduma) betonte eingangs, daß er lediglich für seine Person spreche. Er betrachte die NATO-Rußland Grundakte als den Anfang einer Annäherung zwischen der NATO und Rußland. Er begrüßte die Vorschläge, die russischen Delegierten zu einer engeren Zusammenarbeit mit den Delegationen in der Nordatlantischen Versammlung einzuladen. Die Türen der Duma stünden einer solchen Zusammenarbeit mit der Nordatlantischen Versammlung offen. Er selbst werde in der Duma für die Annahme und Anerkennung der NATO-Rußland Grundakte plädieren. Gleichwohl werde die negative Haltung Rußlands zur NATO-Erweiterung bestehen bleiben. Als positives Beispiel für eine gute Zusammenarbeit zwischen Rußland und der NATO sei der SFOR-Einsatz in Bosnien hervorzuheben.

Der Präsident der Versammlung dankte der luxemburgischen Delegation für ihre Gastfreundschaft und schloß die Sitzung.

Bonn, den 29. Juni 1997

Klaus Francke	**Florian Gerster**
Leiter der Delegation	Stellvertretender Leiter der Delegation